

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wille, Kunst (sonst der Frauen- und Jugendbeilage einschließlich Fremdsprachen monatlich 10 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3 Pf. — Preiszeitung inkl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Redaktion: Fünferstraße 21, D. Leipzig 1465. Erscheinungstage: sonntags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Fünferstraße 21, Leipzig 1700. Zeitungspreis: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Interate werden die halbjährigen Zeitungen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Abnahme wird Rabatt gewährt. Vereinsabgaben 2 Pf. Interate müssen bei Spätsendung 1/10 Uhr nach in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 18.

Dresden, Sonnabend den 23. Januar 1909.

20. Jahrg.

An die werktätige Bevölkerung Sachsens!

Die kapitalistischen Parteien, Konservative und Nationalliberale, haben ein neues schweres Verbrechen am sächsischen Volke vollbracht. Sie haben den hunderttausendfältigen Ruf aus den Volksmassen nach Recht und Gerechtigkeit mißachtet, sie haben ein neues Wahlgesetz geschaffen, das den besitzenden Klassen brutale Vorrechte verleiht und die arbeitenden Klassen ungeheuerlich entrechtet.

Die herrschenden Parteien wollen kein gerechtes Wahlrecht, weil dadurch ihre einseitigen Besitzinteressen beeinträchtigt, weil dadurch die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen gefördert werden würde. Sie haben lieber in den Straßen Dresdens das Blut des Volkes fließen lassen, als daß sie bereit wären, auf die Stimme des Rechts zu hören.

Nach dem unendlich kläglichen Schauspiel, das die Wahlrechtsmacher seit Jahren boten, ist nun dies jämmerliche Mehrstimmenrecht fabriziert worden. Vom Blut des Volkes tiefend tritt es in die Erscheinung. Auch die Regierung hat dieser neuen Ausgeburt gewalttätiger Gelfüste ihren Segen erteilt, obgleich der Minister Graf Hohenthal noch vor wenigen Monaten erklärte, daß ein solches Pluralwahlrecht mit gehäuften Stimmen unannehmbar sei, weil es noch größere Unzufriedenheit im Lande erregen werde als das bisherige Wahlgesetz.

Nach dem neuen Gesetz werden die Wähler in vier Klassen geteilt, je nach Einkommen, Besitz und Berufsangehörigkeit. Die Wähler der wohlhabenden Schichten erhalten drei und vier Stimmen, die breite Schicht der weniger Bemittelten (mit Einkommen von 1600—2200 M.) erhält aber nur zwei, die große Masse der Arbeiter in Stadt und Land, der kleinen Bauern, der kleinen Handwerker, der unteren Beamten, der kleinen Geschäftslente nur eine Wahlstimme. Die Bürger des Staates werden eingeteilt in Vollbürger, Dreiviertelbürger, Halbbürger und Viertelbürger.

Ein solches unerschämtes Erzeugnis der Klassenherrschaft kann beim sächsischen Volke nur den heftigsten Widerwillen und den entschiedensten Widerstand erwecken. Die Erklärungen der bürgerlichen Parteiführer, daß auch die Arbeiter eine Anzahl Mandate zu gewinnen imstande seien, können, selbst wenn sie sich verwirklichen würden, an der Verwerfung dieses Unrechtsgesetzes nicht das allermindeste ändern. Das sächsische Volk fordert das gleiche Wahlrecht für jedermann, das allein geeignet ist, die Herrschaft

der kapitalistischen Sonderinteressen zu beseitigen und die Gesetzgebung des Landes im Gesamtinteresse des ganzen Volkes durchzuführen.

Die herrschenden Klassen wissen sehr wohl, warum sie an dem ungerechten Landeswahlgesetz so zäh festhalten. Die Landtage sind immer mehr die letzten Hochburgen der reaktionären Ausbeuterherrschaft geworden. Von den Landtagen aus beherrschen Junker und Bünfler und Industriekapitalisten die Regierungen und selbst den Reichstag. Derselbe Kampf, den wir in Sachsen führen, wird auch in Preußen geführt. Wir wollen nun Schulter an Schulter mit der gesamten werktätigen Bevölkerung Preußens diesen Kampf um die Befreiung des Deutschen Reiches weiterführen.

Die nächsten Schlachten aber dieses großen Kampfes werden geschlagen werden: in den Landtagswahlen im Herbst dieses Jahres und in den näher kommenden Reichstagswahlen! Da werden die Massen Gelegenheit haben, gründlich abzurechnen mit den Volksfeinden, die alle ihre Versprechungen gebrochen haben.

Die beste Antwort, die das Volk auf das neue Entrechtungsrecht erteilen kann, ist die machtvolle Vorbereitung zu den neuen Kämpfen! Vor allem gilt es jetzt

die Organisationen und die Presse

des werktätigen Volkes, der Sozialdemokratischen Partei weiter zu verstärken. Durch zahlreichem Eintritt in unsere Organisationen, durch zahlreiche Vermehrung der Leser unserer Zeitungen wird die Schlagkraft der Volksbewegung vermehrt, und wir vermögen dann zu geeigneter Stunde die Feinde gehörig auf's Haupt zu schlagen!

Wir haben das Dreiklassensystem in die Schrichtgrube der Geschichte befördert — wir werden auch das Pluralrecht in dieselbe Grube befördern! Wir fordern das sächsische Volk auf, ungefäumt zum Kampf gegen das neue Wahlrecht und gegen den heutigen Staat, der ein Staat der Ausbeutung und Unterdrückung ist, mit ganzer Kraft zu rüsten!

Es ist Pflicht des ganzen werktätigen Volkes, aller Männer und Frauen, mit aller Opferwilligkeit und aller Begeisterung den Kampf für Recht und Freiheit zu führen!

Hoch die Sozialdemokratie!

Dresden, den 22. Januar 1909.

Das sozialdemokratische Bentralkomitee für Sachsen.

J. A.: Karl Sindermann.

Die Wahlrechtsmach vollendet.

Was seit Wochen vorauszu sehen war, ist gestern Erledigt worden: die Vierklassenentrechtung ist so gut wie Gesetz. Man sah, obwohl Überredungen so gut wie ausgeschlossen waren, den Verhandlungen mit einiger Spannung entgegen. Die ominösen Schwierigkeiten, die Wilmoch so möglich in der ersten Kammer auftraten, ließen die Möglichkeit neuer Verwicklungen nicht ganz ausgeschlossen erscheinen; daß gab es keinerlei Überraschungen mehr, sogar die Mehrzahl der Herren, die sich bisher bedächtig gezeigt hatten, kapitulierten schließlich bei der Abstimmung. Den Herren war es ja auch nur darum zu tun, sich durch besonders auffällige Mittelstands-Kapriolen für die zukünftigen Kahlen bei den Junklern und Kleinrentnern noch extra in Empfehlung zu bringen. Während sich schließlich nur zwei Freisinnige und drei Nationalliberale.

Die öffentlichen Tribünen des Hauses waren fast besetzt, doch bei weitem nicht so überfüllt wie bei den letzten Wahlrechtsberatungen; aber die Herren der „oberen jenseitigen Kammer“ waren sehr zahlreich erschienen, so daß die Diplomatentribüne teilweise vollständig besetzt war.

Kuffällig war die Überwachung der öffentlichen Tribünen durch Ochselpolizisten. Das ist eine geradezu unwürdige Erscheinung für ein Parlament, die wohl auch nur im Vollgestohene Sachien möglich ist. In einem anderen Lande würde sich das Präsidium einen solchen Schandverdienst und keinen, das das Direktorium mit Hilfe seines Personals die Polizei im Hause selbst ausüben kann, was ja auch bisher ohne jede Schwierigkeit im sächsischen Landtage geschehen ist.

Die Verhandlungen konnten von großer Bedeutung nicht mehr werden, weil alles bereits feststand. Es handelte sich nur noch um die Vollziehung eines formellen Aktes, der dadurch nicht würdiger wurde, daß zahlreiche Reden ihn begleiteten.

Die neue Vierklassen-Entrechtung haben wir bereits eingehend gewürdigt; es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Gesetz zu einer Entrechtung der breiten Masse der Wählererschaft führt und daß es ein Wahlrecht gegen die Arbeitererschaft ist, das, wie auch in der ersten Kammer zugestanden wurde, in erster Linie den Zweck hat, der Ordnungsmächte dauernd die Herrschaft im Landtage zu sichern. Diese Tatsache verleiht die bürgerlichen Redner mit viel Aufwand von Worten nach Möglichkeit zu verschleiern.

Besonders der Abg. Sattler entwickelte darin einen großen Eifer. Er behauptete, daß die Arbeiter nicht mehr benachteiligt seien, weil sie bis zu drei Stimmen erhalten könnten. Das wird aber nur eine kleine Ausnahme sein. Denn das ist nur möglich, wenn Arbeiter mehr als 1600 M. Einkommen haben und zugleich Anspruch auf die Mehrstimme erhalten können. Nun mag es in großstädtischen Industriezentren einige Arbeiter geben, die mehr als 1600 M. im Jahre verdienen, aber es sind dann fast ausnahmslos jüngere Leute oder Männer in den besten Jahren, es wird aber kaum je vorkommen, daß ein Arbeiter in einem Alter von 50 Jahren und darüber noch einen solchen Verdienst hat. Der Arbeiter mit drei Stimmen ist mithin ein national-liberales Phantasiegebilde.

Die konservativen und antisemitisch-konservativen Herren schlugen ein Emendo darüber an, daß den Junklern jetzt nicht mehr durchweg vier Stimmen gewährt werden sollen, sondern diejenigen, die weniger als 1400 M. Einkommen haben, nur eine Stimme. Der Abg. Enke überließ sich fast vor Entrüstung darüber, daß man die selbständigen Gewerbetreibenden mit den Arbeitern auf eine Stufe stelle. Dadurch trat die Rücksicht in geradem Widerspruch mit der Behauptung, die die

...den Lehre läßt sich überhaupt keine Kolonialpolitik treiben. ... hat einmal Tarnburg gesagt, aber mit der Vernunftigen ...

Deutsches Reich.

Die Verfassungsanträge vor der Geschäftsordnungs-Kommission.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages hat die erste Lesung der Verfassungsanträge, die aus Anlaß der ...

Eine Einigung wurde dahin erzielt, daß gemäß den beiden ersten ...

Einmütig beschloß dann die Kommission weiter, daß der ...

Der Antrag wurde einstimmig genehmigt, daß in die jetzige ...

Die Handhabung des Vereinsgesetzes.

Im Reichstag wurde am Freitag, die Besprechung der ...

Das Erbrecht des Staates.

In der Finanzkommission des Reichstages wurde ...

In der Debatte sprachen die konservativen Abgeordneten ...

Unabhängigkeitserklärung eines Geschworenenwiderstands.

Berlin, 22. Januar. Im Grünauer Nordprozess ...

...schluß: „Der Wahrspruch der Geschworenen wird ...

Man nimmt als Erklärung für diesen Teilnahme Fall an, die ...

Die Siegerner Stichwahl. Bei der Reichstagswahl wurden ...

Bei der Stichwahl war von unserer Parteivorstände Wahl- ...

Weiße Kandidatur. Die Welfen haben als Kandidaten für ...

Kerwänerne Berufung. Das Oberkriegsgericht der Marine ...

Polnische „Geheimbündel“. In einem Prozesse gegen 34 ...

Regersoldaten als Freireiter.

Berlin, 22. Januar. Die Nordd. Allg. Bl. schreibt an ...

Keine politische Nachrichten. Die schweizerischen ...

Ausland.

Chefereich-Üngarn.

Der Nationalitätenstreit.

Wien, 22. Januar. In der heutigen Sitzung des Abge- ...

Das Haus begann dann die Besprechung des Dringlichkeits- ...

Der großherzogliche Schwärzungsprozess.

Agram, 22. Januar. Gestern wurde den 68 Angeklagten im ...

Balkan.

Konstantinopel, 22. Januar. Nach dem Willkürhabe werden ...

Wien, 22. Januar. In der Sitzung des Reichstages ...

Wien.

Wien, 22. Januar. In dem Prozeß gegen den General ...

Wetterprognose des k. k. Meteorologischen Instituts zu Dresden ...

Wetterbericht von der Wetterwarte an der Augustusbrücke ...

Letzte Telegramme.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 22. Januar. (Privattelegramm.) Das Gesetz be- ...

Abg. Binder (Soz.) weist auf die Verschiedenheit des ...

Es folgt die Weiterberatung über die Handhabung des ...

Gemeinbewähren.

Münster, 23. Januar. (Privattelegramm.) Bei den Regi- ...

Es soll verflucht werden.

Berlin, 22. Januar. Der Hof-Ing. erklärt, er könne zuber- ...

Even Hedra über seine Entschlüsse.

Stadthelm, 23. Januar. Even Hedra hielt gestern abend auf ...

Brennender Schlafwagen.

Kopenhagen, 23. Januar. Als der Zugzug Kopenhagen- ...

Artikel.

Wien, 22. Januar. In der hiesigen Herbergsur Hei- ...

Das heutige Blatt enthält 16 Seiten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Dresden und Umgegend.

Dienstag den 26. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr
Vertrauensmänner-Versammlung
 im Dresdner Volkshaus, Nützenbergstraße.

Tages-Ordnung:
Streiks u. Aussperrungen.
 Referent: Kollege H. Scheffler.
 Verbands-Angelegenheiten. — Debatte.

Donnerstag den 4. Februar 1909, abends 8 1/2 Uhr
General-Versammlung
 im Ariskapalast, Schäferstraße.

Tages-Ordnung:
Bericht vom Jahre 1908. Verbandsangelegenheiten.
 Zutritt zur Generalversammlung haben nur Generalversammlungsvertreter, die sich durch Mitgliedsbuch und Legitimationskarte ausweisen.

Donnerstag den 28. Januar 1909, nachmittags 4 1/2 Uhr
 im Ariskapalast, Schäferstraße

Donnerstag den 28. Januar 1909, abends 8 Uhr
 im Ariskapalast, Schäferstraße

Sonntag den 30. Januar 1909, abends 8 Uhr
 im Ariskapalast, Schäferstraße

Vorführungen des wissenschaftlichen Theaters
 von Dr. Zivill-Ingenieur Rade
Lebende Photographien.

Diese Vorführungen sind nur für Mitglieder und deren Angehörige. Eintritt nur gegen Karte; Preis derselben 10 Pf. und für nachmittags 10 Pf. Karten sind zu haben im Verbandsbureau und bei den Beitragskassieren.

Dienstag den 2. Februar 1909, abends 8 Uhr
Öffentl. Metallarbeiter-Versammlung
 im Restaur. Erholung, Neu-Grüna, Schandauerstr. 73.

Tages-Ordnung:
Die natürliche Schöpfungsgeschichte (Lichtbilder-Vortrag)
 Vortragender: Herr Th. Meentzen.
 Eintritt nur gegen Karte; Preis derselben 10 Pf. Zu haben im Verbandsbureau und bei den Beitragskassieren.

Mittwoch den 3. Februar 1909, abends 9 Uhr
Öffentl. Metallarbeiter-Versammlung
 für alle in der Metallindustrie beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge
 im Dresdner Volkshaus, Nützenbergstraße 2.

Tages-Ordnung:
Indien, das Wunderland der Palmen u. Tempel
Lichtbilder-Vortrag
 Vortragender: Herr Th. Meentzen.
 Eintritt nur gegen Karte. Karten sind unentgeltlich im Verbandsbureau zu entnehmen und werden nach Einreichung der Adresse auch zugesandt.

Mittwoch den 3. März, im Stadlfestament Ariskapalast, Schäferstraße

Faschings-Vergnügen.

Konzert der Kristallpalast-Kapelle, grosse internationale Varietévorstellung und Aderer Ball mit Kollision.
 Kräftige Leitung: Herr Gesangsdirigant Paul Hultsch.
Einlaß 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr. — Ende 3 Uhr.
 Karten a 20 Pf. sind im Verbandsbureau, Nützenbergstraße 2, zu entnehmen.

Donnerstag d. 4., Freitag d. 5., Sonntag d. 6. März,
 in Angermanns Gasthof, Döhlen, im Ariskapalast und in der Deutschen Reichskrone

Demonstrations-Vorträge
 des Herrn Leo Grischen aus Berlin.
 Karten sind jetzt schon im Verbandsbureau und bei den Beitragskassieren zu entnehmen. Preis der Karte 20 Pf.
 Die Mitglieder werden ersucht, alle Veranstaltungen nicht zahlreich zu besuchen.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schmiede

Mittwoch den 27. Januar, abends 9 Uhr

Versammlung

in den Reichshallen, Dresden-N., Palmstraße 18

Tages-Ordnung:

1. Ueber Kampffestakt in neuerer Zeit. Referent: Kollege Hänel.
2. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal. — 3. Gewerblichkeits. — Debatte. Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet. Der Vertrauensmann.

6. Wahlkreis

Bezirk Cotta

* * *

Montag den 25. Januar

Stiftungs-Fest

in der Constantia, Cotta

Das Programm wird ausgeführt von der beliebten Herrngesellschaft

Victoriasänger

Einlaß 7 Uhr Anfang 8 Uhr

— Ball bis nachts 3 Uhr —

Karten sind zu haben bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und Bezirkskassierern.

Zentralverband Deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufe.

Einzelmitglieder von Dresden.

Donnerstag den 28. Januar 1909, abends Punkt halb 9 Uhr

Öffentl. General-Versammlung

im Saale der Zentrallhalle, Fischhofplatz.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Auflösung der Einzelmitgliedschaft und Gründung eines Zweigvereins. 3. Neuwahl der Vorstandsmitglieder. 4. Neuwahl der Revisoren. 5. Neuwahl der Kartellbelegierten. 6. Verbandsangelegenheiten.

Debatte.
 Die roten Kontrollkarten sind am Eingange vorzuzeigen und berechtigen zum Eintritt. Ohne Kontrollkarte kein Zutritt. Angesichts der reichhaltigen Tagesordnung ist pünktlicher und zahlreicher Besuch notwendig.
 Die Verwaltung. J. R. Albert Polster.

Sozialdemokratischer Verein

für den 6. sächlichen Reichstagswahlkreis.

Verteilungsstellen: Köthen, Döhlen, Dresden, Friedrichstraße 77-81, Dresden, Karl-Heine-Str. 77A.

Vortragsort: Donnerstag um 8 Uhr 1 Uhr und 8 bis 9 Uhr, Sonntag um 7 Uhr abends.

Bezirk Deuben und Umgegend.

Montag den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Restaurant zum Bergkeller. Tages-Ordnung: 1. Bericht aus der Kreisvorstandsbesitzung. 2. Allgemeines. Zahlreichen Besuch erwartet. **Die Verwaltung.**

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter. — Filiale Dresden. —

Dienstag den 26. Januar, abends 9 Uhr

Öffentl. Schneider-Versammlung

in der Zentrallhalle, Fischhofplatz.

Tages-Ordnung:
Die Tendenzen der modernen Gewerkschaftsbewegung.
 Referent: Herr Karl Sindermann.

Kollegen! Der bestehende Lohnstarif ist gefühlig, unsere neuen Forderungen liegen den Unternehmern vor. Es gilt jetzt, mit allem Nachdruck zu zeigen, daß die Dresdner Kollegschaft hinter diesen Forderungen steht und gewillt ist, mit allen Kräften für die Durchführung derselben einzutreten. Darum ist es Pflicht aller Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen und diese zu einer wirksamen Demonstration für unsere Forderungen zu gestalten.
Der Einberufer.

Volkshilfungs-Verein Radeberg.

Dienstag den 26. Januar 1909

Mitglieder-Versammlung

im Vereinslokal Sächsischer Reiter.

Tages-Ordnung:

Was bietet uns die Zukunft?
 Referent: Frau Wackwitz.

Unsere weiblichen Mitglieder sind besonders hierzu eingeladen. Zahlreichen Besuch erwartet. **Der Vorstand.**

Stenographie! Zschachwitz!

Sonntag den 28. Januar, abends 9 Uhr, beginnt im Restaurant **Lehmann ein öffentlicher Kursus.**
 Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Stenographie ist eine der wichtigsten Waffen im Kampfe ums Dasein, deshalb ist es Pflicht, sich jährlich an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Dem Kursus geht ein Einführungsvortrag voraus und sind für Lehrmittel und Unterricht nur 1.50 M. zu entrichten.
Deutscher Arbeiter-Stenotachygraphen-Bund.

Naturheilverein Radeberg u. V. v. R.
 Sonntag den 24. Jan., abends 7 Uhr
General-Versammlung
 im Hell. Harmonie, Dresden-N.
Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl. 4. Bericht. 5. Beschlüsse.
 Um zahlreiches Erscheinen bitten
Der Vorstand.

Vereine!



Originelle humoristische **Kopfbedeckungen** in Reichenhau, Tsch. u. 15 Pf. an **Saal-Dekorationen** Girlanden, 7 m, Dugend 1.80 M. **Masken und Bärte** Tsch. von 25 Pf. an **Scherzartikel** in reichster Auswahl u. jeder Preislage. Enorm billige Fadenzettel. Zahlreiche Verlosungen gratis. **Ludwig Philippsohn** Dresden 156, Scheffelstr. 26 (nächtl. Postplatz).

Cigarren

ca 100 % Nutzen
 (speziell für Wiederverkäufer!)
 3 und 4 Pf.-Cig. a Duz. 15-22 M.
 5 und 6 Pf.-Cig. „ „ 25-32 „
 8 bis 15 Pf.-Cig. „ „ 40-80 „
R. Horn, Belmstr. 25, I. Etg.
Bandonion u. Konzerlina
 DM. 104 u. 70 Stück, 1.34 u. 24 M. zu verl. **Briednik, Leutewitzstr. 8, 8.**

Öffentl. Versammlung

Der Einfluß der Sozialpolitik und der wirtschaftlichen Krise auf das Wärdergewerbe.
 Referent: Reichstagsabgeordneter und Bürgermeister **Jakob Binder**, Wärdemeister aus Ludwigshafen.
Debatte. — Verbands-Angelegenheiten.
 Der Einberufer: Bruno Zbielle, Dresden N., Torgauer Str. 8.

Bezirk Striesen

Dienstag den 26. Januar 1909 in Hammern
 Hotel, Augaburger Strasse

Tanz-Abend

verbunden mit
Instrumental- u. Vokal-Konzert sowie humoristischen Aufführungen

Anfang 8 Uhr. — Ende 2 Uhr
 ; Eintritt 30 Pf., Tanz frei ;

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und deren Angehörigen erwartet
Die Bezirksverwaltung.

Soziald. Verein für den 6. Reichstags-Wahlkreis

Gruppe Plauen.

Freitag den 29. Januar 1909
 im großen Saale des Westend-Schiffhauses

Theaterabend

mit darauffolgendem **BALL.**
Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 3 Uhr.
 Karten hierzu sind bei den Beitragskassieren sowie bei den gesamten Gewerkschaften zu haben.
 Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder erwartet. **Die Verwaltung.**

Masken-Garderobe für Herren und Damen, elegant

und billig, zu beziehen.
„Zum Landsknecht“, Freiburger Straße 67, I.
 Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Robert Gröbig, Redakteur bei Dresden.
 Verantwortlich für den Anzeigen-Teil:
Reinhold Gieseler, Dresden.
 Druck und Verlag von **Rabe & Rabe, Dresden.**

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 18.

Dresden, Sonnabend den 23. Januar 1909.

20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Dem Verdienste der Orden.

Nach einer vorliegenden Meldung hat König Friedrich August dem Grafen Hohenhausen am Freitag nachmittags, also unmittelbar nach Beendigung der Landtagssitzung, durch die die vierklassen-Entscheidung angenommen worden war, den Orden der Roten Krone, den höchsten sächsischen Orden, in seiner Wohnung im Ministerhotel überreicht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der König dem Wahlrechtsprofessor diese außerordentliche Auszeichnung als besondere Anerkennung für die Sicherung des Wahlrechts zuteil werden ließ. Die Ehre, dem Grafen Hohenhausen die Freude, Ob es aber für den König ratsam war, durch einen soch feierlichen Akt offiziell das neue Wahlrecht als einen ganz besonderen Erfolg etwa anzuerkennen, müssen wir entschieden bezweifeln. Dieser ausfallige Vorgang muß dazu führen, daß das neue Wahlrecht nicht den König für das neue Wahlrecht mit verantwortlich macht.

Es war auch König Friedrich August, der in der Thronrede, mit der die Landtagssitzung eröffnet wurde, äußerte, durch die Wahlrechtsreform solle die Zukunft in das Land getragen werden. Das neue Wahlrecht ist aber in keiner Weise dazu geeignet, die Zukunft zu erneuern, es wird und muß vielmehr die Erbitterung noch steigern, die Unzufriedenheit noch nähren.

Aber auch nach anderer Richtung hin ist die Verteilung auffällig. Graf Hohenhausen hat gestern im Landtage zuerben müssen, daß von seiner Vorlesung nicht weiter übrig geblieben ist als die Integrationsreform. Aus seinen sonstigen Reden ging deutlich hervor, daß er in der Wahlrechtsreform die Erlösung aus den Händen verloren, daß er alle seine Grundzüge habe aufgeben und Resignation übernehmen müssen, wenn überhaupt etwas zustandekommen sollte. So wäre dieser Orden eine Anerkennung für die gelübte Resignation. Es ist wohl das erkennbar, daß dieser ein Minister einen Orden erhalten hat. Beim Grafen Hohenhausen hat allerdings eine Auszeichnung aus diesem Grunde auch noch einen anderen Sinn. Er wird wohl bald eine Resignation übernehmen müssen. Als kranker Mann wird er demnächst den Säden aufsuchen; von dort wird er aber wohl überhaupt nicht mehr in das Ministerhotel zurückkehren. So war dieser Orden zugleich wohl auch das übliche Abschiedsgeld, das Könige für ihre gehenden Minister in der Regel bereit halten.

Lebensversicherung.

In der ersten Kammer kam am Freitag der Geheimrat Professor Dr. Wach bei der Pensionvorlesung für die Universitätsbeamten auf den Antrag Dopy über die Vorgänge an der Universität Lausanne zu sprechen. Unter Führung des Justizrats aus Truen wollten die Konventionen der zweiten Kammer aus den bekannten Vorgängen eine Staatsaktion gegen die Universität Lausanne machen, die aus der Liste der Universitäten gestrichen werden sollte, die für gleichwertig mit deutschen Lehranstalten gelten. Schon der Kultusminister hat den Herren ihre Absicht in gedrängter Weise, so daß sie schon recht leidet wurden. Der Geheimrat Wach hat ihnen aber gestern so etwas wie einen kalten Wasserstrahl verabreicht. Nachdem er die Situation kurz geklärt hatte, führte er aus:

Daß die Regierung eine verständnisvolle Auffassung aller dessen, was das Universitätsleben betrifft, jederzeit bewahrt, haben wir jetzt wieder aus der Behandlung der Angelegenheit erkannt, welche der Antrag Dopy, die Justiz auf der Universität Lausanne betreffend, erfahren hat. Es ist mir ein Bedürfnis, hier festzustellen, daß die Ausführungen des Herrn Kultusministers, die er in der zweiten Kammer, diesen Fall betreffend, machte, durchaus sachlich und zurechtend sind. Der Vorgang an der Universität Lausanne hat einen durchweg persönlichen Charakter und es ist durch ihn das gute Verhältnis zwischen der Universität Leipzig und den schweizerischen Hochschulen nicht zerklüftet und die Vertretung dieser Universitäten von deutscher Seite aus durchaus nicht beeinträchtigt worden. Die deutschen Studenten in Lausanne haben die Erklärung abgegeben, daß sie noch wie vor die am meisten geachteten und beliebtesten seien, so daß es angebracht ist, daß die deutsche Presse den Fall Dr. Aublenbed, der rein persönlicher Art ist, nun endlich begräbt. (Beifall.)

Unter allerdies patriotischen Verfassungsverweigerungen wird hier gefordert, daß die Aktion des Herrn Dopy vollständig überflüssig und unbedeutend war. Das ist eine Abfertigung, die sich Dopy nicht hinter den Spiegel setzen wird.

Das Reichsfinanzgesetz und die sächsischen Steuerfragen.

Über dieses Kapitel hat sich Dr. Käger am Freitag in der ersten Kammer wieder ausgelassen und das übliche Klagegebet angestellt. Er führte aus, die Gewährung dieser unbedeutenden Zulage wäre an und für sich kein weitergehendes Ereignis; aber wir müßten sparen, namentlich jetzt, wo wir unter dem Trude der Finanzreform ständen. Man sei sich im Bundesrat vollständig darüber einig, daß es so, wie es jetzt im Reich gehe, nicht weitergehen könne. Die Reform müsse sich in der Weise vollziehen, daß den Einzelstaaten ihre Existenz gesichert bleibt. Man habe oft in Erwägung gezogen, ob unter Reichsfinanzverwaltung, die sich auf das richtige sei oder ob nicht der Einzelstaat besser sei; dieser sei jedoch nicht zu erwidern. Jetzt müsse das Reich seine Aufgabe erfüllen ohne große Inanspruchnahme der Einzelstaaten; diese seien nicht mehr imstande, der jetzigen Reichsfinanzverwaltung, die sich auf solchem Boden befindet, noch weiter in der Bekämpfung der Schuldenlast zu folgen. Schon jetzt zeige es sich in anderen Bundesstaaten, wie weit wir gekommen sind. Württemberg müsse seine direkten Steuern um 12 Proz., Bayern um 20 Proz. und Hessen um 25 bis 30 Proz. erhöhen. Das könne Sachen nicht vertragen, dessen Gemeinden nicht abändern könnten; für diese würde dann nichts mehr übrig bleiben. Es sei sehr zu bedauern, daß gewisse Interessentkreise, so zum Beispiel die Vertreter der Industrie, politische Kreise an ihren Wagen spannen und nicht auf das wirtschaftliche vorgehen. Das Reich müsse seine Existenz machen und, wenn dann die Mittel so seien, dann müsse Ruhe einreten. Die Beamtenhaft im besondern und die Staatsbürger im allgemeinen müßten sich ab-

emöhen, immer höhere Ansprüche an den Staat zu stellen. Eine Gesundung der Reichsfinanzen sei nur möglich, wenn auf allen Seiten die äußerste Sparsamkeit geübt werde. Es sei ihm ein großes Bedürfnis gewesen, diese Ansicht hier in letzter Stunde noch auszusprechen und den Wunsch anzuschließen, daß in der Reichsfinanzreform etwas Positives geleistet werde.

So berechtigt auch die Kritik der Reichsfinanzenverwaltung ist, so verwerflich ist die Art, wie der Minister Sparsamkeit predigt. Seine Ausführungen waren darauf ausgelegt, die Wirtschaft des Staates für Kulturaufgaben einzuwirken und die Gemeinden noch mehr als bisher ihren finanziellen Schwierigkeiten zu überlassen.

Das Vermögen der Landesversicherungsanstalt.

a. Es dürfte für die Arbeiter von Interesse sein, zu erfahren, auf welche Weise das Vermögen der Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen, das Ende des Jahres 1907 insgesamt 145 110 213,71 M. betrug, angelegt ist. § 104 des Invalidenversicherungsgesetzes bestimmt, daß die Bestände der Versicherungsanstalten wie Wüchsigkeiten angelegt werden müssen. Ein Teil des Vermögens kann aber auch für solche Veranlassungen ausgegeben werden, welche ausschließlich oder überwiegend der versicherungspflichtigen Bevölkerung zugute kommen. Mehr als die Hälfte ihres Vermögens darf jedoch eine Versicherungsanstalt in der zuletzt bezeichneten Weise nicht anlegen. Die Landesversicherungsanstalt Sachsen hat rund 83 1/2 Millionen Mark für „gemeinnützige Zwecke“ und den Rest hauptsächlich in Wertpapieren angelegt. Bis Ende des Jahres 1907 ist für die gedachten gemeinnützigen Zwecke folgendes hergegeben worden: Zunächst für den Bau von Arbeiterwohnungen 14 460 489,93 M. Ein großer Teil hiervon, nämlich rund 5 Millionen, ist an Stiftungen und gemeinnützige Vereine ausgegeben worden. Der Zinsfuß beträgt fast ausschließlich nur 3 Prozent. An Bauvereine, Genossenschaften und Aktiengesellschaften sind rund 7 Millionen hergegeben worden. Der Zinsfuß beträgt auch hier meist 3 Prozent, vereinzelt aber auch 3 1/2 bis 4 Prozent. Am wenigsten haben die Gemeinden von der Gelegenheit Gebrauch gemacht, sie haben nämlich nur 208 000 M. (zu 3 Prozent) geliehen. Es zeigt das, wie rückständig eigentlich die Gemeinden noch in sozialpolitischen Fragen sind. Niemand ist doch berufen zur Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen als die Gemeinden. An Arbeiter sind circa 1 1/2 Millionen Mark und an Arbeitnehmer circa 50 000 M. ausgeben worden. Die letzterwähnte Summe ist so niedrig, weil den einzelnen Personen, insbesondere Arbeitern, die Aufnahme von Anleihen noch erschwert wird. Für den Bau von Krankenhäusern und Genesungshäusern und Volkshäusern wurden 4 255 500 M., für den Bau von Stöckenhäusern 1 119 000 M., für den Bau von Gemeindepflegeanstalten, Serbergen, Arbeiterkolonien, Volkshäusern, Blindenheimen, Kleinkinderschulen, Kinderhorten und Säuglingsheimen 2 199 486 M., für den Bau von Koch- und Haushaltungsschulen und anderen Veranlassungen, welche der versicherungspflichtigen Bevölkerung zugute kommen, 2 402 500 M., für Wasserleitungs-, Kanalisations- und Beleuchtungsanlagen, Straßen- und Brückenbauten 35 516 684 M., für den Bau von Armenhäusern, Verwaltungsgebäuden der Gemeinden, für Schul-, Kirchen- und Pfarrhausbauten, Friedhofsanlagen usw. 23 577 208 M. hergegeben. Die Bismarck zeigen, daß es in Wirklichkeit nur ein kleiner Teil der Kapitalien ist, der so angelegt ist, daß er tatsächlich „der versicherungspflichtigen Bevölkerung“ zugute kommt.

Tabelle. Seines Amtes als Triebwerkschauer entbunden wurde nach einer Verlesung der Amtshauptmannschaft Niesob der Richter und Hausbesitzer Eddy in Niesob. Dieser war es, dem das Vorhandensein von Triebwerken in einem vom Gutsbesitzer Gernia in Niesob geschlossenen Schwimmbad entgegen war. Bei der Nachuntersuchung des Reichs in diesem Schwimmbad sind erst im 13. Präparat Triebwerke gefunden worden. Die Zahl der an Triebwerke erkrankten Personen beträgt sieben. Alle Erkrankten befinden sich aber auf dem Wege der Besserung.

Modewisch. Bei der Gemeinderatswahl wurden nach lebhaftem Wahlkampf auch zwei Sozialdemokraten gewählt.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Die kleine Volkzeitung in einem G. nahm einen Schaden, der gestern nachmittags zwei 10 Jahreige Mädchen in verdrängter Absicht an sich gelockt hatte, dem aber kein Vorhaben nicht gelungen war. Der Bekannte ist der Hausarbeiter Oskar Hermann Martin aus Kirchberg. Dem werden außerdem noch mehrere verurteilt. Stillschleppergelände zur Zeit gelegt, bewegen sie sich am Mittwoch vor dem Strafrichter in Hagen voran, um den Fall zu erledigen. Der Verhandlung hatte er sich aber entzogen. — Die bei einem Gutsbesitzer in Perleuthal bewohnte Frau hatte ihr heimlich geborenes Kind in der elterlichen Wohnung in den Worten gemerkt. Ihre Absicht, das Kind zu töten, mißlang ihr aber, denn das Kind war aus dem Bett gefallen und der Wirt hatte es in den Armen der Frau des Wirtes gefunden und dem Kind zugehört. — In einer Waldhütte in Werdau erlitt der dort beschäftigte verheiratete Schlosser Georg einen schweren Unfall: Er geriet mit der rechten Hand in die Drehholmaschine, wobei ihm die Hand vollständig abgetrennt wurde. Der bedauernswerte Mann wurde ins Krankenhaus gebracht.

Stadt-Chronik.

Arbeitslose und Gemeindeverwaltung.

Die Verwaltung der Stadt Kolmar im Elsaß hat einen Statuentwurf zur Einführung einer städtischen Arbeitslosenversicherung veröffentlicht. Danach umfaßt die Versicherung zwei Abteilungen. In der ersten Abteilung werden die Mitglieder während der Winterperiode bis zu 40 Tagen versichert, d. h. vom 1. Dezember bis zum 15. März; in der zweiten Abteilung während des ganzen Jahres bis zu 40 Tagen. Der ersten Abteilung werden ungelernete und gelernte Arbeiter zugewiesen, von denen die Auslieferung von Notstandsarbeiten verlangt werden kann; in die zweite Abteilung kommen jene gelernten Arbeiter, die nicht an den Notstandsarbeiten herangezogen werden können. Neben einem jährlichen Eintrittsgeld von 50 Pf. ist von jedem Versicherten ein Beitrag von 80 Pf. pro Versicherungstag zu entrichten, d. h. also, wenn als Dauer der Versicherung 40 Tage

angenommen werden, 32 M., die in der Zeit vom 1. April bis zum 1. November einzuzahlen sind. Zu diesem vom Versicherten eingezahlten Betrag von 80 Pf. pro Tag gewährt die Versicherung einen Zuschuß von 10 Pf. an die Versicherten, die noch kein Jahr in der Stadt wohnen. Für Versicherte, die länger als ein Jahr da sind, beträgt der Zuschuß 20 Pf. Für verheiratete Arbeiter kommt dazu noch ein Zuschuß von je 10 Pf. für jedes versorgungsberechtigte Familienmitglied. Für Versicherte, die sich an den Notstandsarbeiten beteiligen, kommt an Stelle des Zuschusses der Tagesverdienst, der für die Notstandsarbeiter bezahlt wird. Ein Arbeiter, der der Versicherung in einem Jahre nicht bedarf, hat ein Anrecht auf Wiederstattung des eingezahlten Betrags oder Uebertragung desselben auf das nächste Jahr. Die Leistungen der Kasse treten am dritten Tage der Arbeitslosigkeit in Kraft. Das Eintrittsgeld dient als Heilzuschuß für ledige Arbeiter, die verpflichtet sind, auch außerhalb der Stadt zu wohnen. Die Kosten der Versicherung werden also in der Hauptsache den Arbeitern aufgebürdet. Sollte im Statut nicht noch Vorsorge getroffen werden, so könnte sich die Versicherung, diese „legende soziale Einrichtung“, da Arbeitszwang besteht — für Unverheiratete selbst nach außerhalb der Stadt — unter Umständen zu einem veritablen Streikbrecherinstitut entwickeln.

Die Stadtverordnetenversammlung zu Magdeburg beschäftigte sich mit einer Eingabe des Gewerkschaftsrates für die Arbeitslosen zur Hilfe zu treffen. Der Antrag, Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen, wurde für erledigt erklärt, da bereits 387 000 M. zu dem Zweck bewilligt worden waren. Zugestimmt wurde dem Antrage, den Magistrat zu ersuchen, möglichst für Wärmehalten zu sorgen. Weiter wurde beschlossen, den zur Speisung bedürftiger Schulkinder zur Verfügung stehenden Betrag zu erhöhen. Das aber, worauf es in der Hauptsache mit ankam, wurde abgelehnt, nämlich Mittel zur dauernden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Etat einzufassen und eine Kommission zu bilden, die darüber zu beraten hat, ob die Einrichtung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung unter Mithilfe der Gewerkschaften möglich sei. Nur dem wurde zugestimmt, an die betreffenden Körperschaften eine Petition um Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung zu richten.

Auf die von unseren Genossen begründeten Anträge trugte der Oberbürgermeister in der Hauptsache nichts anderes zu erwidern, als daß die Stadt kein Geld für solche Zwecke habe. Sie müsse sich damit begnügen, durch Beschaffung von Notstandsarbeiten die schlimmsten Notstände zu beseitigen. Der nationalliberale Justizrat Stern lehnte auch die Unterstützung der Petition an die betreffenden Körperschaften ab. Woher sollten die Mittel dazu genommen werden? Die Industrie könne eine weitere Belastung nicht ertragen. Es stimmten außer unseren Genossen nur einige Bürgerliche für den Antrag auf Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung; für den Antrag auf Einstellung von Mitteln zur dauernden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stimmte gar nur ein Bürgerlicher.

Etwas anders sieht es im milden Nordeuropa auf dem Gebiete staatlicher und kommunaler Arbeitslosensicherung aus. So z. B. in Dänemark. Das System, durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zu den Arbeitslosenstellen der Gewerkschaften die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern, ist wohl nirgends so gut durchgeführt als in Dänemark. Hier ist es zunächst der Staat, der den Arbeitslosenkassen, die sich den leicht zu erfüllenden Vorschriften über die Staats- und Gemeindefürsorge anpassen, ein Drittel ihrer Unterhaltungs- und Verwaltungskosten ersetzt. Als das Gesetz im April 1907 zustande kam, wurden zu diesem Zweck 250 000 Kronen aus Staatsmitteln bewilligt, für das Budgetjahr 1908 aber sind es bereits 400 000 Kronen, die den Arbeitslosen zugute kommen. Das ist für ein kleines Land nicht viel mehr als 2 1/2 Millionen Einwohner und einer Industrie- und Arbeiterbevölkerung, die lange nicht so zahlreich ist als die Berlins. Eine verhältnismäßig hohe Summe. Dazu kommt, daß ja außerdem die Gemeinden noch ein Sechstel zu den Ausgaben der Kassen beitragen können, diese also, wo das geschieht, zur Hälfte aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden. Erfreulich ist es, daß bereits eine große Anzahl Kommunen, namentlich solche, wo die Sozialdemokratie stark vertreten ist, von diesem Rechte Gebrauch macht. Wie der vom Staat angestellte Arbeitslosensicherheitsinspektor mitteilt, haben bereits 11 Kommunen — darunter Kopenhagen, Frederiksberg, Aarhus, eine Anzahl Kleinstädte sowie auch einzelne Landgemeinden — den Maximalzuschuß bewilligt. 11 andere Kommunen haben sich an den Inspektor mit dem Erlaubnis gewandt, für sie den Maximalzuschuß zu berechnen, und drei Kommunen haben Zuschüsse bewilligt. Eine Konferenz von Bürgermeistern und Vertretern sämtlicher Provinzialstädte Dänemarks, in der der Arbeitslosensicherheitsinspektor verschiedene Aufschlüsse über die Anwendung des Gesetzes gab, beschloß einstimmig, sämtlichen Kommunen zu empfehlen, den anerkannten Arbeitslosenkassen den höchsten Zuschuß, den das Gesetz zuläßt, zu gewähren. Die Stadt Kopenhagen sucht ferner Arbeitslose wie möglich zu beschäftigen. Auch hat Kopenhagen von dem in diesem Frühjahr beschlossenen Gesetz über Staatsdarlehen zum Abriß und Umbau zu dicht besiedelter, ungefunter Stadteile Gebrauch gemacht und daraufhin beschlossen, ein altes Stadtviertel von mehreren Straßenzügen niederreißen zu lassen. Dadurch wird, wenn auch erst zum Frühjahr, eine große Anzahl Arbeiter Beschäftigung erhalten. Die Stadt Kopenhagen hat auf die Initiative der sozialdemokratischen Stadtverordneten hin am 11. Januar 100 000 Kronen zur Verteilung an Arbeitslose bewilligt, nachdem schon zweimal je 120 000 Kronen zu demselben Zweck aus Stadtmitteln bewilligt worden waren. — In Deutschland möge man sich ein Beispiel daran nehmen.

Das Recht auf Sterbegeld.

In der Geschäftsstelle einer Ortskrankenkasse erkundigte sich ein Handwerksmeister, ob und wie lange er seine Leibe, die er ein paar Wochen feiern lassen wollte, ohne Schaden für sie abmelden dürfte. Nach dem der Beamte ihm erwidert hatte, er könne sie ruhig abmelden, es ständen ihm noch 3 Wochen lang alle Rechte an die Kasse zu, meldete er sie für den 21. Dezember ab. Am 30. Dezember verstarb die Ehefrau

Sächsischer Landtag.

11. Nummer.

175. Sitzung vom 22. Januar 1900.
(Schluß.)

Abg. Enke (fortfahrend): Bedauerlich sei, daß auch die An-
sicht nicht genügend berücksichtigt worden ist. Nach einer Umfrage,
die der Abg. Freyer in Rindorf vorgenommen habe, seien unter
141 Häusern in diesem Orte nur 5, auf denen mehr als 100 Ein-
wohner haften. Auch der Wegfall der Verhältnisse ist
bedauerlich. Da habe man früher davon gesprochen, man dürfe die
Leute nicht verzeihen, die bei der letzten Reichstagswahl die rote
Fahne in Sachsen heruntergeholt hätten. Jetzt wolle man diese Leute,
die nationalen Arbeiter entziehen. Das muß Erbitterung erwecken.
Die nationalen Arbeiter sind die Elemente herauszuheben.
Die wollen doch bei dem Wahlrecht die Elemente herausheben.
Die wollen doch bei dem Wahlrecht die Elemente herausheben.
Die wollen doch bei dem Wahlrecht die Elemente herausheben.
Die wollen doch bei dem Wahlrecht die Elemente herausheben.

Abg. Langhammer (nat.): Der Abg. Enke habe heute eine
Wahlrede gehalten. Was den Mittelstand anbelange, so glaube er,
daß der Mittelstand gar keine bessere Vertretung bedürfe, als er
jetzt unter dem Dreiklassenwahlrecht im Hause habe. Auch er
behalte, daß durch diese Wahlrechtsvorlage nicht mehr erreicht
werde, es sei aber ganz ausgeschlossen, durch Änderungsanträge noch
etwas zu erreichen. Man müsse aber zugeben, daß die Vorlage doch
zu einer wesentlichen Verbesserung gegenüber dem Dreiklassenwahl-
recht führe. (Abg. Koch: Das ist Ihre Ansicht!) Der Redner be-
traute sich über die Wünsche der Abg. Koch: Lassen Sie sich nicht
führen! Die Verhandlung auf Grund der jetzigen Vorlage sei
herbeigeführt von den Vertrauensmännern dieses Hauses, eine Ab-
änderung sei ganz ausgeschlossen. Am allergeringsten sei eine Ab-
änderung der Wahlrechtsvorlage zu erwarten. Die konservative
Partei hätte eine Wahlrechtsvorlage angesetzt, die die agrarischen
Interessen begünstigt habe. Durch die offene Befragung des Ge-
heimrats sei über die agrarische Mitarbeit bei diesem Wahlrechts-
entwurf habe er diesen unmöglich gemacht. Dafür sage er den
Herren noch seinen besonderen Dank. Der Ersten Kammer gebühre
genüh Dank für ihre Behandlung der Wahlrechtsfrage, aber die
eigenlichen Väter der Wahlrechtsreform seien in diesem Hause.
Durch die jetzigen Vorläge werde das Ziel erreicht, daß sich die
nationalliberale Partei von Anfang an getrennt habe. — In letzter
Zeit habe man erlebt, daß man Demonstrationen auf den Straßen
inszeniert habe, um das Reichstagswahlrecht durchzubringen. Das
das nicht möglich sei, wählten die Sozialdemokraten auch; es ent-
spräche solche Veranstaltungen auch keinem Bedürfnisse; die Sozial-
demokratie wolle damit nur Agitation betreiben. Aber auch diese
Partei werde bei diesem Wahlrecht eine Vertretung finden. So
hoffe er, daß dieses Wahlrecht Ruhe im Lande schaffen werde.

Abg. Zimmermann: Er wünsche auch ein freieres Wahl-
recht als das vorliegende. Es sei nun leicht, sich auf den Standpunkt
der Reaktion zu stellen; für ihn aber komme in Betracht, daß die
jetzigen Vorläge eine Verbesserung gegenüber dem Dreiklassenwahl-
recht bringen. Er habe allerdings die Erwartung, daß mit dem
neuen Wahlrecht die Freiheit im Lande geschaffen werde, sehr
bedauerlich, er müsse aber zugeben, daß es weniger plura-
listisch sei als das Dreiklassenwahlrecht. Doch hoffe er, daß man
sich später noch zur Einführung der Verhältniswahl und der
Wahlkreiswahl werde genötigt sehen wie in Belgien. Die jetzige Vor-
lage betrafte er als ein Notgesetz, das die Möglichkeit neuer Re-
formen eröffnet. Er werde von diesem Gesichtspunkte aus auch
dem Antrag Enke nicht zustimmen. So sehr er für den Mittel-
stand einträte, so müsse er doch auch betonen, daß es besonders
in einem Industriegebiete auch noch andere Bedürfnisse gebe, die eben-
falls Beachtung und Berücksichtigung verdienen. Was die Straßen-
demonstration anbelange, so könne er nur betonen: Wenn
von der Straße aus Gesetze gemacht werden sollen, da ist es die
Pflicht jedes Patrioten, aufs schärfste Widerpruch zu erheben. Und
diese Erziehung veranlasse mich mit, für die Vorläge der Ersten
Kammer zu stimmen. (Beifall.)

Abg. Wenzel (nat.): Durch die jetzige Wahlrechtsreform
nehme man der jetzigen ersten Wahlklasse zehn Prozent ihres
bis herigen Einflusses. Der jetzige Entwurf werde in seiner Wirkung
dem früheren Kompromiß entsprechen. Man solle auch bedenken,
daß man die Sozialdemokratie nicht mundtot machen könne. Da-
gegen könne ich dem Abg. Zimmermann vollständig darin bei,
daß die Arbeiter durch Straßendemonstrationen nichts erreichen werden.
Das sei ein gefährlicher Weg, der zu nichts führe. Man habe so
viel vom Mittelstand gesprochen. Dazu gehören aber doch auch die
Beamten und sonstigen Angestellten. Doch sei auch der selbständige
Gewerbetreibende berücksichtigt worden. Es sei sehr wohl anzu-
nehmen, daß ein selbständiger Handwerker 1400 M. Einkommen
habe; die weniger hätten, seien vielleicht frank und alt. Die Alters-
summe würde 300 000 Wähler zugute kommen. Die Vorläge
führten zu einem Wahlrecht, mit dem auch der Arbeiter in Frieden
leben könne. — Ein Vorteil sei die Integralerneuerung, sie führe
dazu, daß im nächsten Jahre politische Leben erweckt werde. Wir
bedachten das, was wir erreicht haben, auch nicht als Ziel der liber-
alen Partei. Aber wir können nur schrittweise vorwärtskommen.
Wenn wir vorwärts kommen wollten, müßten wir das Kompromiß
annehmen. Im übrigen polemisiert der Redner gegen den Abg.
Enke und betont, daß er auch nicht gerade mit Begeisterung für das
Wahlrecht stimme, aber doch mit der Überzeugung, daß es Besseres
bringt als das, was jetzt besteht.

Abg. Behrens: Ein Wahlgesetz müsse so beschaffen sein, daß es
allen Klassen der Bevölkerung eine Vertretung im Landtage er-
mögliche. Es war mir eine große Freude, zu hören, daß die Re-
gierungsvorlage in der Ersten Kammer nicht den Widerstand ge-
funden hat wie in diesem Hause. Die jetzige Vorlage bietet zwar
nicht die Vorteile der Regierungsvorlage, sie stellt aber doch eine
wesentliche Verbesserung dar, und wir müssen der Ersten Kammer
dankbar sein, daß sie eine Entzweiung auf die jetzigen Vorläge er-
reicht hat. Recht schwer werde es ihm aber, sich von den Ver-
hältnissen lösen zu können; doch werde auch ohne diese einschneiden-
den großer Fortschritt vollzogen; die Vorlage werde ausgleichend und
berücksichtigend wirken. Daher stimme er gern der Vorlage zu.

Abg. Dr. Hölzel (nat.): Die Vorlage brächte eine ganz andere
Form des Personalwahlrechts, als sie von seiner Partei bisher ge-
fordert worden sei. Er gebe dem Abg. Zimmermann recht, daß
dieses Gesetz nur ein Notgesetz sei, er könne sich aber nicht dazu
verstehen, ein solches Notgesetz anzunehmen. Wenn man ein Wahl-
gesetz beschaffe, müsse man damit für lange Zeit Beruhigung im Lande
schaffen. Von diesen Vorlägen sei das nicht zu erwarten; er werde
also gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Ober v. Cserkucz: Wenn sich das Sprichwort bewahr-
heitet, was lange währt, wird gut, so müsse man das Non plus ultra
des Wahlgesetzes haben. Man wäre aber viel eher zum Ziele ge-
kommen, wenn nicht die Regierung immer wieder besondere Forde-
rungen gestellt hätte. An der Arbeitsleistung der Wahlrechts-
kommission hätte es nicht gelegen, wenn man nicht eher zum Ziele
gekommen sei. Mein Zweifel könne darüber bestehen, daß die
jetzigen Vorläge dem Dreiklassenwahlrecht entsprechen vorzugliehen

sind. Wenn nun behauptet wird, der Mittelstand söge aus der
Vorlage nicht die Vorteile, die ihm zufallen, so erwidere ich, daß die
Regierungsvorlage, die allen Gewerkschaftswählern 4 Stimmen
sichern wollte, doch etwas über das Ziel hinausgeschoss. Mit der
Integralerneuerung kann ich mich schon deshalb nicht einverstanden
erklären, weil man nicht weiß, wie das neue Wahlgeseh wirkt. Das
ist trotz aller Berechnungen noch völlig ungelöst geblieben. Das
Gesetz führt zu einem Sprunge ins Dunkle. Deshalb hätte ich ge-
wünscht, daß sich die Regierung durch eine Dreiklassenreform er-
kläre über die Wirkung des Wahlrechts. Wenn die Sozialdemokratie
sich nun herausstellt, daß die Sozialdemokratie in übermäßiger Zahl
in die Kammer kommt, so würde das eine große Gefahr für das
Land und den Staat sein. Es sei aber leider die Regierung gewesen,
die auch eine Integralerneuerung gefordert habe. Ich hoffe, daß sie
sich noch darüber erkläre, weshalb sie auf der Integralerneuerung
besteht.

Staatsminister Graf Hohenthal: Wenn die Regierung das erste
Kompromiß abgelehnt hat, geschah es vorzüglich deshalb, weil dieses
mit einer neuen Wahlrechtsvorlage verbunden war. Im übrigen
betone er nochmals, daß er auf die Verhältniswahl nur mit größtem
Widerstreben und erst dann zugestimmt habe, als sich herausstellte, daß
absolut nichts damit zu machen war. Die Integralerneuerung ist
das einzige, was noch von der Regierungsvorlage übrig geblieben
ist, hat schon deshalb keine Verantwortung auf sich zu beziehen. Die
Integralerneuerung ist eine Verbesserung der Zeit; es gibt heute kein
bedeutendes Parlament mehr, das sie nicht hätte.

Abg. Müller (nat.): Er sehe noch wie vor auf dem Stand-
punkte, daß die Regierungsvorlage das weitaus beste gewesen sei.
Für die heute vorliegenden Vorläge stimme er nicht, er wünsche
aber, daß diejenigen Recht haben, die Ruhe und Zufriedenheit von
dem neuen Wahlrecht erwarten.

Abg. Dr. Bräuner (kon.): Wenn der Abg. Günther aller
4 Jahre Neuwahlen fordere, so betone er, es sei höchste Zeit, daß
man mit den kurzen Wahlperioden aufhänge, damit das Land nicht
so häufig in Aufregung versetzt werde. Von der Vorlage wünsche er,
daß sie wirklich Zufriedenheit schaffe.

Sitzungsprotokoll wird angenommen. Es folgen noch
persönliche Bemerkungen.

Abg. Günther (Schlußwort): Es sei behauptet worden, die
Nationalliberalen hätten die Verhältniswahl zu Fall gebracht, das
gelte aber nur für die Verhältniswahl für die Großstädte, aber nicht
für den Prosop für das ganze Land. Von letzterem wollten die
Konservativen nichts hören. Seine politischen Freunde würden das
Gesetz annehmen, sie würden aber die letzten Jahre, die sich zeigen
würden, später die bessere Hand an dieses Wahlrecht zu legen.

Abg. Dr. Kühnemann (Schlußwort): Auch in der national-
liberalen Partei hätten sich Herren gegen die Verhältniswahl über-
haupt erklärt. Dem Abg. Enke wolle er nur verziehen, daß für den
Mittelstand nichts mehr zu erreichen gewesen sei. Im übrigen
polemisierte der Redner gegen den Abg. Günther und betonte, daß
den Arbeitern die Zustimmungen in geringerem Maße zugute
käme als den übrigen Berufsständen.

Der Abg. Enke erklärt noch, daß er, obwohl er das Gesetz für
unzureichend für den Mittelstand halte, nicht gegen das Gesetz
stimmen werde.

Schließlich wird das ganze Gesetz in namentlicher Abstimmung
mit allen gegen 5 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen nur
die Abgeordneten Müller-Leipzig, Müller-Hirschfeld, Koch, Hölzel
und Günther. 72 Abgeordnete haben nicht ja gestimmt. Der
Präsident erklärt, daß die Zweidrittelmehrheit erreicht, die Wahl-
rechtsvorlage als angenommen worden sei.

Es folgt die Schlussberatung über die Petition des Vor-
standes des Regiererverbandes sächsischer Bauingenieur- und des Vor-
standes des Architektenvereins um Abänderung der §§ 6 und 7 des
allgemeinen Baugesetzes. Die angeforderten Gesetzesbestimmungen
betreffen das Einspruchsrecht des Bauherrn bei Bauten, das auf
Grund der jetzigen Gesetzesvorschriften oft schätzenswert gemacht
wurde.

Nach kurzer Debatte, an der sich die Abgg. Enke und Wittig
beteiligten, wird die Eingabe der Regierung zur Kenntnisnahme
überwiesen.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Mittelungen
über Ergebnisse des Vereinsjahres. Antrag Günther betr.
Einführung alljährlicher Landtagskassationen und Petitionen.

Deutscher Reichstag.

191. Sitzung. Freitag den 22. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg.
Auf der Tagesordnung steht die Befragung der sozialdemo-
kratischen und der polnischen Interpellationen betr. die Anwen-
dung des Vereinsgesetzes.

Abg. Meeren (Zentr.): Das vom Staatssekretär geschilderte
Wirken der polnischen Vereine kann nur eine Folge sein der falschen
Interpretation der Polen im Osten. (Sehr richtig im
Zentr., bei den Polen und bei den Soz.) Auf eine großpolnische,
auf Kostrennung vom Reich gerichtete Bewegung kann aus dieser
Blickpunkt nicht geschlossen werden. Den Kern der Frage hat der
Staatssekretär zu verfechten versucht. Es kommt darauf an, daß
das Gesetz bei seiner Ausführung zu Maßnahmen führe, welche bei
der Beratung für ausgeschlossen gehalten wurden. Die Schuld liegt
nicht bei den Beamten, sondern beim Gesetz, und die Verantwort-
lichkeit tragen die, welche es diktiert haben, obwohl auf die Mängel
hingewiesen war. (Sehr richtig im Zentr. und bei den Soz.) Der
Staatssekretär hätte demnach ausdrücklich erklären müssen, daß er
die polnischen Gewerkschaften generell ausgeschlossen wissen wollte.
(Sehr richtig!) Die neuerliche Erklärung des Abg. Wiemer,
daß er schon damals die Erklärung des Staatssekretärs in dem ein-
schränkenden Sinne aufgefaßt habe, ist völlig unverständlich. Der
Widerpruch zwischen dieser neuerlichen freisinnigen Auffassung und
der früheren auch im Kommentar des Herrn Müller-Meiningen
deutlich hervortretenden, ist nicht unüberwindlich. Möglich, daß
die hier vorgebrachten Klagen für eine kurze Zeit den ärgsten Leuten
absheln, dauernde Abhilfe kann aber nur eine Änderung des Ge-
setzes bringen. (Sehr richtig im Zentr.)

Graf v. Helldorf (kon.): Die Beschwerden richten sich
hauptsächlich gegen das Gesetz selbst, aber der Herr Staatssekretär
ist bei seinen Erklärungen durchaus korrekt und loyal vorgegangen.
(Sehr richtig rechts.) Ich bin überrascht, wie wenig Mißgriffe von
unseren Behörden vorliegen. Die Interpellation ist verfrüht, die
Herren hätten damit warten sollen, wir hätten unsere Zeit für
wichtigere Sachen brauchen können. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Jund (nat.): Es ist allerdings bedenklich, wenn alle
sozialpolitischen Maßnahmen einfach als politische angesehen werden.
(Zuruf bei den Polen: Na also!) Für die polnischen Berufsvereine
treffen die Rücksichten aber nach dem dafür beigebrachten Material
nicht zu. Wir sind daher mit der Anwendung des Sprachenpara-
graphen auf die polnischen Berufsvereine einverstanden. Der Miß-
griff sind verhältnismäßig wenig und alle die pessimistischen Vor-
aussetzungen für Süddeutschen haben sich als falsch erwiesen. Gegen
die Befragung der Handhabung von Reichsgesetzen in den Einzel-
landtagen ist formell nichts einzuwenden. Sie fördert aber nicht den
Reichsgedanken. Auch wir wünschen eine vorurteilsfreie Handhabung
des Gesetzes, aber daß Sie nur ganze 100 Fälle in Preußen zusam-
mengebracht haben, beweist, wie außerordentlich gering Ihre Material
ist. Fälle von systematischer Behinderung sind nicht vorgebracht.
(Beifall bei den Nat., Läden bei den Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen: Bei der Beratung des Gesetzes
hieß es: Vollstreckt, Vollenrecht der Vollstreckt, Gemeinrecht
(Sehr richtig! h. d. Soz.), daß es auch Vorteile gebracht hat (Rebe-
nour: Sehr keine!), das haben Ihnen erst Edmund Fischer, Peus,
Vernstein beibringen müssen. (Sehr richtig! h. d. Nat., Läden
h. d. Soz.) Die Sache aus meinem Kommentar sind vollständig
beausgesehen. (Läden i. Zentr. und h. d. Soz.) Jeder, der die
Beratungen kennt, muß wissen, daß meine Frage sich nicht auf
die polnischen Gewerkschaften bezog. Wir wollten ursprünglich die

ganze Gewerkschaftsbewegung ausnehmen, das schiederte aber an dem
unbedingten Nein des Staatssekretärs. Wir hätten dann Tausen-
köpfe gewesen, wenn wir das Gesetz an der Spitze des Sprachen-
paragrafen hätten spezieren lassen. (Großer Beifall beim Vol.)
Nach den geäußerten Ausführungen des Staatssekretärs steht völlig
fest, daß die polnischen Berufsvereine eine Kategorie nationalpolnischer
Bewegungen sind. Ueber die locale Ausführung des Gesetzes werden
aber auch wir nachden. Der Kollege Bethmann-Hollweg (Sozialdem-
okratische Partei). Zuruf: Sie schon so weit?, ich wolle
sagen, der Herr Staatssekretär, hat gestern seine völlige Loyalität
bewiesen. Immerhin bedauern wir gewisse Mängel und Mißgriffe.
Wir verzeihen uns von einer Schilnerung der Sozialdemokratie
ebenso wenig wie von Ausnahmeseiten. Es ist nämlich natürlich
Sozialdemokratie (Große Beifall) sehr gut mit den dortigen
Ministern steht, finde ich sehr vernünftig. Man hat ihr dort noch
einen Teil des Nürnberger Bahnhofsgebäudes und ein hübsches
Vollamt zur Verfügung gestellt. Das war gut, denn sonst hätten sie
sich in Nürnberg nicht gegenseitig die Hüfte gewaschen (Läden h. d.
Soz.), und die konservativen „Wiedimpfer“ hätten den norddeutschen
„Hörschwärtern“ nicht so schön die Meinung gesagt. Die nord-
deutschen Regierungen sollten diesem Beispiel folgen. Durch Unter-
drückung schafft man nur politische Martyrium und Mißtraue....
(Große, minutenlange Beifall), ich meinte natürlich Minister.
Redner betonte nun, daß auch die freisinnigen Sozialisten
wurden und bespricht den bekannten Fall des Professors Jurek.

Der Polizei muß eine liberale Praxis Schritt für Schritt ab-
gerungen werden, aber das wichtigste, ein Reichsgesetz über das
Verzeihen, ist erreicht. Davon mißgibt es zu haben, wird
immer ein Kammerrätler der Freisinnigen sein. (Beif. Beifall h. d. Nat.,
Läden i. Zentr. und h. d. Soz.)

Abg. Dr. Kolbe (Rechts): Es ist beschämend, daß wir zwei
Tage mit dieser Sache verweihen. Wir sind mit den lokalen
Erklärungen des Staatssekretärs vollkommen einverstanden. Ver-
stimm sind bei einem neuen Gesetze unverständlich. Ich sage der Abg.
Meeren der Polen annehmen, ist bei dem Gegenstande der Vertrag
zwischen Polen und Zentrum kein Wunder. Es ist bekanntlich, daß
es eine große Partei gibt, die dem deutschen Volk das Wasser an die
Nehle legt und es abschlachten läßt, nur um Parteizwecken zu ver-
folgen. (Großer Lärm i. Zentr. Zuruf: Welche Partei?) Die-
jenige, die sich getroffen fühlt. (Erneuter Lärm i. Zentr.) Das
Zentrum ist es, das im Osten dem Zentrum in den Rücken fällt
und Verwirrung unter den deutschen Katholiken schafft. Die Polen
sollten sich dem Stande loyal erweisen, zu dem das Schicksal sie ge-
braut hat. (Beif. Beifall rechts. Läden i. Zentr. und h. d. Polen.)

Abg. v. Helldorf (Rechts): Wir haben in Sachen
das lebhafteste Interesse, Mißgriffe zu vermeiden und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. Gathein (Rechts): Durch die Erklärung des
Staatssekretärs dürfte es schon klar sein, daß ich mich früher im
Jahre befand. Meine frühere Auffassung hatte ich, da ich bei der
Beratung des Vereinsgesetzes nicht anwesend war, auf Grund der
Reden und Berichte gewonnen. Die Kommissionsverhandlungen
kann ich nicht. Der Staatssekretär hat gestern den Beweis ge-
liefert, daß die polnischen Gewerkschaften größtenteils Agitation
betreiben. Nach wie vor halte ich den Paragraph 12 für schädlich.
Da er aber Gesetz ist, muß er auf die polnischen Gewerkschaften
angewandt werden. Immerhin sind Verbote erlassen auf Grund des
Sprachenparagrafen, die uns vor dem Auslande lächerlich machen.
Kleinliche Polizeiverordnungen sollen politischen Verbänden überhört
unterbleiben. Die Bauaufsicht kann jedoch nicht für jeden Mißgriff
verantwortlich gemacht werden. Hier ist die Abhilfe lokaler Ausführung
zugelassen. Der große Vorteil des Gesetzes, daß Mißgriffe hier nur
Sprache gebracht werden können, ist nicht zu verkennen und ich hoffe,
der Staatssekretär wird sehr bereit sein, Rede und Antwort zu geben.

Direktor im Reichsamt des Innern Jurek erklärt, daß öffentliche
Versammlungen mit Nicht der Polizeibehörde zu unterliegen.

Abg. Dr. Meeren (Zentr.): Bisher hatten wir keine Klagen über
unangelegliche Handhabung des Sprachenparagrafen. (Zuruf: hört!)
Sie sollten lieber warten, bis unsere Regierung einmal ein Interesse
daran hat, dann werden wir schon auch zu Klagen haben. Ich habe
bei der Einführung eines harmlosen französischen Idealgesetzes
durch Dilettanten verboten worden.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

Abg. v. Helldorf (Rechts): Ich habe in Sachen
des Vereinsgesetzes ein lebhaftes Interesse und eine friedliche
Praxis zu üben.

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 18.

Dresden, Sonnabend den 23. Januar 1909.

20. Jahrgang.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Gründung des Zentralverbandes der Hausangestellten.

Eine Konferenz zum Zwecke der einheitlichen Organisation der Deutschen hatte die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands am 17. Januar nach Berlin — Gewerkschaftshaus — einberufen. Aus folgenden Städten waren Delegierte von Vereinen von Hausangestellten erschienen: Berlin, Bremen, Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Kiel, Leipzig, Lübeck, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart. Von Heidelberg war nur ein Vertreter des Gewerkschaftsvereins erschienen. Die Karteile der genannten Orte waren ebenfalls zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen und mit wenigen Ausnahmen erschienen. Das gewerkschaftliche Frauen-Agitationskomitee hatte Frau Böhmig und Frau Thiele entsandt. Für die fünf Städte-Frauenkommissionen waren Luise Rieg und Ida Boar, vom Arbeiterinnen-Sekretariat Ida Hermann und Gertrud Hanna amwesend. Stark vertreten war auch die Generalkommission.

In einer Begrüßungsansprache bemerkte Genosse Regen, die Konferenz stehe vor einer sehr bedeutungsvollen Aufgabe. Gerade unter den Tausenden stellten sich der Organisation große Schwierigkeiten entgegen. Durch die isolierten Vereine in den verschiedenen Städten sei für eine einheitliche Organisation bereits eine Unterlage gegeben, und man dürfe hoffen, daß es gelingen werde, diese Vereine weiter auszubauen und neue erstehen zu lassen, um in absehbarer Zeit eine Organisation der Hausangestellten zu schaffen, die mit und neben den anderen Arbeiterverbänden eine wirkungsvolle Tätigkeit entfalten könne. Dazu bedürfte es allseitiger ernstlicher Unterstützung. (Beifall.)

Die Tagesordnung der Konferenz lautete: Gründung eines Zentralverbandes der Hausangestellten. Beratung des Statuts. Beratung über Herausgabe einer Zeitschrift. Wahl des Vorstandes. Nach einem einleitenden Vortrage des Genossen Bauer wurde einstimmig die Gründung eines Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands beschlossen. Selbstverständlich wurde die Frage, ob auch die männlichen Hausangestellten zur Mitgliedschaft zugelassen werden sollten, nur bereinigt haben die Dienstbotenvereine männliche Mitglieder aufgenommen. Die Konferenz entschied dahin, daß männliche und weibliche Mitglieder aufgenommen werden können. Als Zweck des Verbandes wurde festgelegt die Förderung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder. Dies soll geschehen durch die Einwirkung auf die Gestaltung des Dienstvertrages, Gewährung von Krankenunterstützung und Rechtschutz, Errichtung kostenloser Stellenanzeigen für die Mitglieder, allseitige Förderung des Verbandesorgans und Pflege der Geselligkeit und der Solidarität durch Abhaltung regelmäßiger Versammlungen und Veranstaltung auffälliger Vortrüge. Ein Antrag, ein Eintrittsgeld von 20 Pf. zu erheben, fand Annahme. Als monatliche Beitrag wurde 40 Pf. festgelegt. Wo sich höhere Beiträge erheben werden, soll der Ueberschuss als Sozialbeitrag gelten. Als Krankenunterstützung paßt der Verband nach einjähriger Mitgliedschaft bis zu 18 M., und zwar pro Woche 3 M. von der zweiten Woche an; bei zweijähriger Mitgliedschaft erhöht sich die Unterstützung bis zu 21 M. Freier Rechtschutz wird den Mitgliedern nach 3 Monaten Mitgliedschaft gewährt in Streitigkeiten, die aus dem Dienstverhältnis entspringen.

In Bezug auf den Einleitendvortrag hatte die Generalkommission vorgeschlagen, daß die einzelnen Ortsgruppen mit der Zustimmung des Verbandes Vorstande stellen können, sofern nicht am Orte ein städtischer Arbeitsschlichter vorhanden ist, dessen Einrichtungen den von der Arbeiterschaft zu stellenden Ansprüchen genügen und auf dessen Verwaltung der Arbeiterschaft Einfluß gewährt. Die Konferenz entschied sich für den Vorschlag der Generalkommission mit dem Zusatz, daß die städtischen Nachweise auch den Ansprüchen der Verwaltung des Verbandes genügen müssen.

Zur Frage des Verbandesorgans lagen verschiedene Anträge vor. Von Hamburg war beantragt, die Zeitschrift einzuführen; der Berliner Verein trat für die jetzt bestehende und in 21 Städten verbreitete Monatschrift ein; die Generalkommission beantragte, der Verband solle das Berliner Organ übernehmen und als Monatszeitschrift obligatorisch einführen. Genossin Rieg trat für die Gleichheit ein, die eventuell ein eigenes Blatt für die Dienstboten herausgegeben werden, um damit den Ansprüchen des Verbandes zu genügen. Genosse Bauer erklärte, daß man aus Zweckmäßigkeitsgründen auf ein eigenes Organ nicht verzichten könne. Genossin Boar wünschte, die einzelnen Orts, besonders Hamburg, möchten sich die Gleichheit durch Erhebung eines Sozialbeitrages erhalten. Die Konferenz nahm den Antrag der Generalkommission an. Die Zeitung erscheint als Fortsetzung der Berliner Monatschrift und führt auf Antrag des hiesigen Vereines den Titel Zentralorgan des Verbandes der Hausangestellten Deutschlands, und wird von der Vorstandsgruppe in Berlin, dem Sitz des Verbandes, herausgegeben und vertrieben. Als Vorstandsgruppe bestimmte die Konferenz Hamburg und als Vorsitzende des Ausschusses die Genossin Riegler. Die Bestimmungen für den Verband treten am 1. April in Kraft.

Die Statuten werden im übrigen, wie von der Generalkommission vorgeschlagen, angenommen. Zum Schluss wurde noch die Notwendigkeit der Mitwirkung der Gewerkschaftskarteile bei der neuen Organisationsarbeit betont und der Wunsch ausgesprochen, daß die Karteile Einigungen treffen, um Stellenlosen oder reisenden Mitgliedern Unterstützung zu gewähren.

Aus der Umgebung.

Moderne Eisfabrik.

Im Ostteil Dresdens, im sogenannten roten Plauenschke Grunde, befindet sich das Bürger Steinwerkwerk. Um das schwarze Gold zu fördern und verkaufsfähig zu machen, bedient man sich der modernsten Maschinen und Erfindungen der Technik. Der nun aber etwas glaubt, daß dort, wo man alle neuzeitlichen technischen Fortschritte sich zunutze macht, die Arbeiterschaft wohl geborgen sei, der ist sich gewaltig. Wohl gibt es eine bergmännisch geneigte Arbeiterordnung; es stehen auch hohe Strafen für die Arbeiter darin, falls letztere den Bestimmungen der Arbeiterordnung nicht nachkommen. Für die Besondereverwaltung selbst ist die Arbeiterordnung nicht. Ganz nach Belieben wird hier gefoltert und gewaltet. Von den Arbeitern verlangt man Treue, Ehrlichkeit, Verschleißigkeit, Unerschütterlichkeit, nicht lästigen Kräftigen Körperbau; hat er diese Fähigkeiten alle, dann wird er für würdig befunden, als ständiger Arbeiter aufgenommen zu werden. Der Arbeiter aber tut sich, dabei nicht so viel Wert auf das Wort „ständig“ zu legen, daß

er lange Jahre „treu“ gedient und gefronet, so wird er doch eines Tages aus dem Bergwerk geworfen, ohne zu wissen warum. Es kann mander an Begriffsverwirrung zwischen Treue und Treue leiden, das ist nicht so schlimm, als wenn er sich dem deutschen Bergarbeiterverband anschließt. In letzterem Falle bleibt er ruhig „ständig“ Arbeiter.

Auch bei der Beförderung in eine höhere Arbeiterklasse wird einfach nach Willkür gehandelt. Die Qualifikation ist nicht maßgebend. Tausende von Köpfen sind vorgekommen, wo Leute befördert wurden, die es nicht der Arbeitsfähigkeit wegen wurden, sondern ganz andere Gründe waren maßgebend. Exzente Millitärerwerbler und Ehrenblätter, die ihre Kameraden gut beizuhelfen konnten, gewannen den Vorzug der Beförderung. Doch noch dem, der irgendwo eine freie Meinung äußert, und sei der Arbeiter noch so tüchtig und geschickt, er wird nicht befördert.

An die Arbeiter der Landwirtschaft, daß sie keine jungen Leute mehr erhalten, fahrt sich das Bürger Werk nicht. Obgleich geistiglich verbreitet wird, auf jedem Schacht seien 100 Mann überflüssig, so wurden doch am Neujahr 80 bis 40 junge Leute von der Landwirtschaft weg zur Leitung gebracht. Auf der einen Seite entläßt das Werk 11 Mann, meistens Familienväter, mitten im Winter, um sie sofort wieder zur Beanlegung wieder zu erziehen. Waskoffer wird wohl kein Arbeitgeber vorgehen. Heute verdrängt das Bürger Werk seinen Arbeitern die geistliche Ausübung des Sozialrechts, morgen verdrängt man das Helden von bestimmten Leistungen und so geht es weiter. Schlimmer kann es nirgendwo sein in einem Betriebe. Nebenbei hat der Arbeiter ein soziales Bestimmungswort, welches über sein Tun und Lassen anhänglich seiner Arbeitsstätte, aber auf dem Bürger Werke da wird dem Arbeiter gesagt: Das und das darfst du tun und nicht anderes, sonst fliegt du aus dem Bergwerk und wenn du noch so tüchtig bist in deinem Beruf. Wir brauchen eine gesunde, unterwürfige Arbeiterklasse: moderne Sklaven.

Inland.

Eine letzte Wahrung der Tabakarbeiter auf dem Reichstag.

Die Generalkommission der Tabakarbeiter Deutschlands hat in einer kleinen Probe alle zusammengefaßt. Ein Zahlenmaterial und ein Grünbuch, was gegen die Steuerpläne, soweit sie sich auf die Tabakarbeiter betreffen, und ihre Abwehrkräfte betrifft, ist gedruckt. Die Schrift ist den Reichstagsmitgliedern gewidmet und wird hoffentlich auch manchen Abgeordneten — bei den Sozialdemokraten ist es selbstverständlich — davon überlesen, daß es auch volkswirtschaftlich ein schwerer Fehler wäre, eine Tabaksteuer, an der die Erträge zu vieler Arbeiter und Kleinrentner verbleiben, durch eine reine Tabaksteuer auszuheben zu lassen, erstens zu erhöhen. Wir wünschen der außer Reichstägigen Reichstagskommission den besten Erfolg, weshalb die „Sozialen“ und volkswirtschaftliche Einflüsse bei den bürgerlichen Reichstagsabgeordneten nicht verachtet werden kann.

Ein gemächlicher Direktor.

Die Entlassung des Direktors Vogelmann auf Seife Saar und Wofel in Merseburg, die wie gelien bereits berichtet, ist dem Personalrat nach erfolgt, weil Vogelmann das Führerquantum für das er sich verübt hatte, nicht hat erreichen können. Die unter Vogelmann beherrschten Firmen sollen ihre eigenen Dienst geschäft haben, wobei sie sehr häufig wechselten, wobei teilweise davon auch das höchste Ergebnis des Führerquantums herabließen.

Die Frauen der Hinterbliebenen von Kinnabod

nahmen gestern in einer zweiten, fast beladen Frauenversammlung, zu dem bekannt gewordenen Verteilungsplan für die kriegswidrigen Soldaten und zu den sonstigen vorgekommenen Unrechthaltungen der Verteilung der übrigen Gelder Stellung. Insbesondere waren die Frauen sehr aufgeregt, daß das Komitee es abgesehen hat, die Verteilungspläne der Frauen zu den Beratungen hinzuzuziehen.

Neue gewerkschaftliche Nachrichten.

In der Glasfabrik Schauenstein in Oberfranken im Kreis Rastatt wurde 90 Glasmachern und Schürern ein unbefristetes Verbot erteilt. Die Arbeiter arbeiten schon seit einigen Wochen nur noch vier Tage in der Woche. — Der Streik in der Schiffsabrik Wolf in Mainz ist beigelegt. — Bei der Firma Kister u. Ebel in R. Gladbach legten am Montag sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Trotz der am gleichen Tage angebotenen Unterhandlungen lehnte die Firma jegliches Entgegenkommen ab. Da die Firma verweigert, Arbeitsplätze zu bekommen, ist Jussus erteilt worden. — Der Vorstand des Handels- und Transportarbeiterverbandes beschloß die letzte ordentliche Generalversammlung auf den 7. Juni 1909 und folgende Tage nach München hin. Die Tagesordnung sieht außer den geschäftlichen Angelegenheiten folgende Punkte vor: Die Verteilung des Reichs für die Arbeiterschaft zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Transportgewerbe, der Gegenwert der Regierung, betreffend Arbeitsplätzen, unsere Stellung zu den gewerkschaftlichen Gewerkschaften und die Realisation der Unternehmenseigenschaften des Berufs und ihr Einfluß auf unsere Politik. — Für die Oberleitung des Reichstags Schauenstein-Ausschusses wird zum Amt am 1. April d. J. oder kurz darauf ein Arbeitersekretär gewählt. Der Sitz des Sekretariats wird Rudolstadt. Der Sekretär muß die Aufgabenverteilung belegen, außerdem gewerkschaftlich und politisch, sowie literarisch für das Parteiblatte tätig sein. Verhandlungen mit der Regierung des bisherigen Bildungsganges, Förderung des Gehalts und sonstiger Bedingnisse sind zu richten an Aug. Bär, Wob. Wob. i. Thür., Jomere Weimarische Straße 6.

Parteiangelegenheiten.

Die Probennummer der Arbeiter-Jugend.

Das von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands geschaffene Jugendorgan wird in einer Auflage von mehr als 200000 Exemplaren erscheinen. Trotzdem war es der Zentralstelle nicht möglich, alle Wünsche in vollem Maße zu befriedigen. In den Verteilungen mußten zum Teil erhebliche Zurücksetzungen vorgenommen werden. Dabei ist aber so bestritten worden, daß alle Wünsche möglichst gleichmäßige Berücksichtigung gefunden haben. Wenn mit der Verbreitung der Probennummer, die bekanntlich am 30. Januar erscheint, überall eine recht zweckmäßige Agitation verbunden ist, damit auch es auch gelingen, für unsere jungen Kampfgenossen eine recht stattliche Abonnentenliste zu gewinnen.

Handliche Konjunktur

hat sich bei bürgerlichen Kreise ob der Tatsache bemächtigt, daß einige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete zu dem Vortrage Fernburp in der deutschen Kolonialpolitik geangelt und bei dem Erdbeben die Partei sehr stark geschwächt hat mit den anderen Abgeordneten

von den Plänen erhoben haben. Die Deutsche Tageszeitung bringt mit Behagen und mit dem höchsten Bemühen, aus dieser ziemlich belanglosen Sache sich eine bunte Ausnahmeverdichtung in der Partei entplumen zu lassen, folgende Notiz:

Kurz vor 7^{1/2} Uhr erschien, von der Veranlassung überrascht, drei von ihnen Plänen, die H. v. Frank, Siedemann und Hildbrand, in der revidierten Fassung der Statuten und die Katern, Feinstraß, Viktorin Lutz, Wilm und Franzheim Heinrich und ein zahlreiches Gefolge. . . Die Notiz nimmt insofern zum mündlichen nicht, als Genosse Hildbrand den Vortrag gar nicht befehle hat. Im übrigen dürfte aber auch die Fassung der Tagesordnung auf eine „innere Auseinandersetzung“ eine gewisse sein. Man mag zu dem Inhalt solcher Verhandlungen und dem sich daraus ergebenden Verhalten stehen wie man will, daraus eine Einseitigkeit zu machen, sind die Sozialdemokraten viel zu vernünftig.

Neues aus aller Welt.

Bismarckhöhe, 22. Januar. Beim Fußballspiel auf der Straße 14 ein 14-jähriger Knabe namens Komet in eine Treppe. Die Treppe schloß sich und zertraten den Knaben. Nur die höchst verblüffte Reihe des Anglischen Komitee übergeben werden.

Hamburg, 22. Januar. Sechs Kollinas des Mädchenbundes schloß sich, die als Kollinist für die Stadt der 17 Jünglinge veranlaßt haben, sind in das hiesige Magdalenenstift übergeführt worden.

Fernburg, 22. Januar. Die Strafkammer verurteilte mehrere Volksschullehrer, die sich im Laufe mehrerer Jahre in schuldigen Fällen an kindlichen Mädchen schwer vergriffen hatten, zu 6, 4 und 1^{1/2} Jahr Gefängnis.

Neufels, 22. Januar. Hier explodierte gestern abend ein mitten in der Stadt befindliches Pulverlager. Das Haus lag in die Luft. 25 Personen wurden hierbei ziemlich schwer verletzt. Einige Personen erlitten so schwere Verletzungen, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird. Auch einige Nebengebäude sind durch den entzündeten Brand schwer beschädigt worden.

Essen, 22. Januar. Ein Aufsehen erregendes Gerücht, daß bis jetzt noch nicht demontiert ist, erregt die Gemüter der Bergarbeiterkreise. Nach dem Gerücht hätte man beim Wasserfördern ein Buch auf der Wasserschleuse gefunden, worin der Steiger Naas einen genauen Bericht über die letzten Tage im Schacht von einer ganzen Anzahl lebender Personalisten gegeben hätte. Hiernach hätten sie sich von Werbestellen ernährt und immer auf Rettung gehofft, bis das Wasser immer höher geliegen sei und ihnen den Tod durch Ertrinken gebracht hätte. Das Buch sei der Direktion abgeliefert worden, die dadurch aufs höchste bestürzt worden sei. Dazu bemerkt der A. N.: Wir haben uns aus Grund dieser Nachricht mit der Direktion der Bergwerksbetriebe hier in Hamm in Verbindung gesetzt, die uns in verbindlicher Weise erklärt, daß die Gerüchte vollständig aus der Luft gegriffen sind. Der Direktion ist weder ein Buch übergeben worden, noch liegt irgendein Anhaltspunkt vor, der darauf schließen ließe, daß auch nur ein Bergmann noch lebte, als die brennende Erde am 18. November 1908 unter Wasser gelegt wurde. Die Entnahmungskarben nehmen, wie die Direktion mitteilt, einen raschen Fortgang, und gestern wurde bereits der seit einigen Tagen eingelegte Erdblock zum erstenmal bejahren. Sie war in verhältnismäßig gutem Zustande.

Trier, 22. Januar. Durch Erd- und Steinmassen wurden in Folge eines Erdbebens beim Eisenbahnbau Erd- und Erd- und Erd-Schadenmotoren und ein Arbeiter verunglückt, beide wurden getötet.

Bern, 22. Januar. Im Ferkapah wurden vier Touristen von einer Lawine verschüttet. Zwei Engländer sowie der Führer sind als Leichen geborgen.

Paris, 22. Januar. Eine Wasserleitung macht bekannt, daß die für 17^{1/2} Millionen Frank veranschlagte Oberleitung sowie die Krone des höheren Schlosses von Marotte Abdul 113 demnach an den Reichsständen verkauft werden.

London, 22. Januar. Die aus Johanna esburg gemeldet wird, sind infolge der Verengung der Eisenbahnverbindungen der ganzen Kolonie unterbrochen. Nach amtlichen Feststellungen sind 7 Dörfer und über 100 Eingeborene in Miswaterbrand fast ohne Hoffnung auf Rettung in der Grube verschüttet.

Verammlungen.

Koblenz, am 16. Januar fand im Saale der Goldenen Krone eine Mitgliederversammlung statt, die beinahe überfüllt von nur 45 Genossen besucht war. Auf der Tagesordnung stand: Halbjährsberichte und Vereinsmitteilungen. Genosse Paulus referierte über den Verlauf des vergangenen Halbjahrs, die Mitgliederbewegung, die Kostenabrechnung und geleistete politische Parteiarbeit. Während der letzte Punkt vollständig befruchtete, da bei genügend Genossen zur Verfügung standen, waren die ersten beiden Punkte weniger befruchtend. Hoffen wir von dem neubegonnenen Jahre das Beste. — Genosse Krebs gab den Vorstandsbereich. — Einer Anregung, Genossen, welche längere Zeit arbeitslos sind, die Volksgemeinschaft umsonst zu liefern, wird zugestimmt. — Ein Genosse wird wegen Keiten gestrichen. Ein Genosse hat sich verlobt gegen Genossen vergangen; man beschließt, kein Verlobungsverband seinen Ausschluß zu beantragen. (Eing. 21. Januar.)

Verammlungsanlässe für Sonntag.

Zentralverband deutscher Freidenker-Vereine. Abends 6 Uhr Versammlung in Kämpfers Restaurant, Adlon, Bernerstraße.
Turnverein Carola, Kleinandorf. Abends 1 Uhr Hauptversammlung im Gasthof Kleinandorf.
Turnverein Freie Turner, Teuben. Nachmittags 2 Uhr Generalversammlung im Gasthof zum Schächten Wolf in Teuben.
Turnverein Einigkeit, Gittere. Nachmittags 2^{1/2} Uhr Generalversammlung im Gasthof Gittere.
M. v. B. Woytens, Koblentz. Nachmittags Punkt 4 Uhr Generalversammlung im Fortbau.
Verband deutscher Bergarbeiter, Bezirk Blauenscher Grund. Abends 6 Uhr Familienabend im Gasthof Rose Scharke, Töhlen.
Freie Turnerschaft Lauenburg-Tollwitz. Abend in Donaths Neuer Welt, Meiner So. I.
Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsbereichs Meißel und Ung. Nachm. 3^{1/2} Uhr Generalversammlung im Alten Gasthof, Wölzeln.
Turnverein Kainzgrube. Abends 9 Uhr Generalversammlung im Schwarzen Restaurant.



Gute, billige Suppen

MAGGI'S Suppen-Würfel

Man verlange ausdrücklich MAGGI'S Suppen-Würfel!

Besser als alle anderen!

Blumen-Säle

Blumenstrasse Nr. 48, Haltestelle: Bönischplatz
 Sonntag, Montag und zum Geburtstag Sr. M. d. Kaisers (Mittwoch)
Schneidige Militär-Ball-Musik
 Neueste Schläger! Herrlichste Saaldekoration!
 Grösstes u. schönstes Ball-Lokal der Residenz!
 Das Etablissement faßt bequem reichlich 2000 Personen.
 Es ladet freundlichst ein **Lorenz**

Montag den 1. Februar: **Grosser öffentlicher Maskenball: Ein ländliches Fest in Tirol!**

Hammers Hotel
 Sonntag, Montag und Mittwoch (zu Kaisers Geburtstag)
Große Ballmusik
 Militär freier Eintritt.
 Sonntag von 4 bis 7 Uhr, Montag von 7 bis 10 Uhr, Mittwoch von 6 bis 9 Uhr.
 Es ladet freundlichst ein
Großer Prämien-Maskenball.

Diana-Saal
 Sonntag und Montag
Großer öffentl. Ball
 bis nachts 12 Uhr.
 Sonntag von 4 Uhr an
 Frei-Tanz.
 Jeden Montag von 7-8 Uhr
 Frei-Tanz.
 Mittwoch den 3. Februar
Gr. öffentl. Maskenball
 Schönstes und grösstes Ball-Etablissement der Residenz.
 Hofmusik: Herr. Haase, Böhmer.

Deutsche Reichskrone
 Bischofsweg, Ecke Königsbrücker Strasse.
 Sonntag und Montag bis 12 Uhr
Öffentl. Ballmusik
 Sonntag Anfang nachm. 4 Uhr, Montag Anfang abends 7 Uhr.
M. A. Pootsch, Besitzer.
 Mittwoch den 21. Januar 1909
Grosser öffentl. Maskenball

Gasthof zum Lamm
 Dresden-Trachau, Leipziger Strasse.
Morgen: Grosse öfftl. Ballmusik.

Gasthof Pieschen.
 Sonntag bis nachts 12 Uhr
Große öffentl. Ballmusik
 von 4 bis 5 1/2 Uhr: Freier Tanz. — Um 5, 6 1/2 und 8 Uhr: Großer Konter.
 10 Stück Tanzmarken 60 Pf.
 Bedienungsvoll August Leipert.

Wilder Mann.
 Heute Sonntag
Grosse Ballmusik.
 Kontertanz.

Gasthof Mockritz.
 Jeden Sonntag
Grosse öffentl. Ball-Musik.
 Es ladet freundlichst ein **A. Knoll.**

Gasthof Kaitz
 19 Minuten von Dresden
 Jeden Sonntag
Große Ballmusik.
 Tour 5 Pf. Eintritt frei.
 Es ladet erp. ein **A. Hilde.**

Germania Ballmusik
 — Alt-Grana. —
 Morgen Sonntag
Gasthof
Niedersedlitz, Öffentl. Ballmusik
 Von 4-6 Freier Tanz. Es ladet freundlichst ein **Th. Freitag u. Frau**

Gasthof Kaditz.
 Morgen Sonntag
Große öffentliche Ball-Musik.
 Jede Tour 5 Pf. Bedienungsvoll **Friedrich Hantzsch.**

Bellevue
 Waltherrstraße 27, am Friedrichsbadter Bahnhof.
 Sonntag u. Montag **Grosse öfftl. Ballmusik.**
 Sonntag von 4-8, Montag von 7-11 Uhr: Freier Tanz.
 Freitag den 5. Februar
Gr. öffentl. Maskenball.
 Um gütigen Hofspruch bitten **Oswin Nietzsche u. Frau.**

Stadt Leipzig.
 Leipziger Straße 76.
 Jeden Sonntag und Montag
Feine Ball-Musik.
 Bedienungsvoll **Arno Rosky.**

Körner-Garten
 Sonntag, Montag und Mittwoch
Öffentl. Ball.
 Montag: Tanzverein 7-11, Herren 30 Pf. Damen frei.
A. Hütterlich.

Schweizerhäuschen
 Schweizerstraße 1, nahe Chemnitz Strasse.
 Sonntag und Montag bis 12 Uhr
Grosser öffentlicher Ball.

Bürgergarten, Löbtau
 Jeden Sonntag und Montag bis 12 Uhr
Schneidige Ballmusik
 Nur neueste Schläger.
 Zur Abhaltung von Versägen, Besammlungen, Aufführungen und Familienfestlichkeiten zu stellen werden der Neuzeit entsprechend renovierten Saal angelegentlich. **Schönes Vereinszimmer.**
 Um recht zahlreichen Hofspruch bitten **M. Naumann und Frau**

Drei-Kaiser-Hof
 Löbtau
 Unstreitig elegant. Ball-Etablissement der Residenz
 Jeden Sonntag: **Feiner Ball.**
 Von 4 Uhr an: Freitanz.
 Jeden Montag: **Freier Familienball.**
 Eintritt: Herren 50 Pf., Damen 25 Pf.

Gasthof Schusterhaus
 Sonntag von 4 Uhr an
Feine Ballmusik.
 Dienstag den 2. Februar: **Maskenball.**

Gasthof Wölfnitz.
 Sonntag von 4 Uhr an
Feine Ballmusik.

Wettiner Säle (Dresdner Kogelheim)
 12 Friedrichstrasse 12.
 Sonntag und Montag
Grosse öffentl. Ballmusik.
 ***** Direktion: Herr Musikdirektor **R. Baade.** *****
 Sonntag von 4-5 1/2 Uhr **Freier Tanz.**
 Montag von 7-8 1/2 Uhr
 Jede Tour 10 Pf., Montags Tanzmarken 12 Stück 60 Pf., 6 Stück 35 Pf.
 Die neuesten Tänze. — **Militär freier Eintritt.**
 Bedienungsvoll **C. H. Kunze.**

Gasthof Briesnitz.
 Morgen Sonntag
Feine Ballmusik.

Morgen Rest. Feldschlösschen, Kaditz
 dort ist's gemütlich.
 Bedienungsvoll **Artur Bär.**

Gasthof Blasewitz
 Vollständig renoviert! — Neues Parkett!
 Jeden **Feine Militär-Ballmusik.**
 Es ladet freundlichst ein **Louis Orland.**

Zum alten Kloster
 Leubnitz-Neuostra
 Entfaltung der selben Straßebahn.
Öfftl. Ballmusik
 Beste Wiener Volksmusik.
 Eintritt frei!
 Es ladet ergeblich ein **R. Seidel.**

Centralhalle
 Mitten im Zentrum von Dresden
 10 Fischhofplatz 10
Ballmusik ohne Konkurrenz
 in dem vom Maskenball her festlich dekoriertem Saale.
 Bedienungsvoll **A. Baum.**

Tonhalle
 Sonntag und Montag
Feine Ballmusik.
 Sonntag Anfang um 4 Uhr.
 Montag Anfang um 7 Uhr.
Glacisstrasse 28.
 Montag Eintritt frei!
 Besten Vereinen habe mein großes Saal-Etablissement zur Abhaltung von Veranstaltungen aller Art jederzeit zu den kulanen Bedingungen zur Verfügung.
E. Tettenborn.

Gasthof Grüne Wiese.
 Dresden-Gruna, am Ausgang des Großen Gartens
Sonntag: Große öffentliche Ballmusik.

Paradies-Gärten, Zschertnitz.
 Anerkannt schönstes Vergnügungs-Etablissement.
 Endstation der Strassenbahn.
 Sonntag und Montag

Grosser Elite-Ball.
 Speisen und Getränke in bekannter Güte.
 Hochachtungsvoll **Max Ad. H. de.**

Reichshallen
 Palmstrasse 13, 1 Minute vom Postplatz
 Sonntag und Montag
Feiner Ball à la Paris.
 12 Stück Tanzmarken 60 Pf.
 Sonntag von 4-5 1/2, Montag von 7-8 1/2 Uhr: **Freier Tanz**
 In den unteren Räumen: **Feines Kabarett.**
Carl Ebenh. **Binder Ernst.**

Gasthof Seidnitz
Morgen Sonntag Ballmusik.

Gasth. Elysium, Dr.-Räcknitz
 Endstation der Strassenbahn.
 Sonntag **Feine Ball-Musik.**
 10. Januar **H. Sagen.**

Gasthof zu den Linden
 Telefon 7824 Vorstadt Cotta Telefon 7825
 Jeden Sonntag und Montag
Schneidige Ballmusik.
 Es ladet ergeblich ein **Karl Krutzsch.**

Gambrinus-Säle, Cöblauer Strasse 66.
 Jeden Sonntag von 4 Uhr an
Gutbesetzte Ball-Musik.
 10 Tanzmarken 50 Pf. Bedienungsvoll **M. v. v. v.**

Sonntag und Montag im Brunnhaus
einer öffentlicher Ball.

Direktion: Musikdirektor Wrede.
Freitag, den 4. u. 5. Uhr: **Freitanz.**
Sonntag von 7-8 1/2 Uhr:
Bühnenbesuch der tanzlustigen Jugend.
neuesten Schlager werden gespielt.
Voranzeige! **Grosser öffentlicher Prämien-Maskenball.**
am den 7. Februar 1909

Musenhalle

Löbtau, Straßenbahn: Postplatz-Wölfnitz, Station: Reisswitzer Strasse.

Im Parterresale
Sonabend, Sonntag u. Montag von abends 8-11 Uhr
Sonntag von 4-7 Uhr, abends von 8-11 Uhr
Varieté-Vorstellungen
Auf vielseitigen Wunsch u. a.: Die 5 Japanerinnen.
Grosse Verwandlung-Bantomime und das
sensationelle Schlager-Programm.
Sonabend und Montag Sojagelarten (Witzigkeit).
Um gütigen Zuspruch bittet **Ernst Valten.**
Fekoration einzigartig in Dresden!
Nicht nur das, sondern! Man muss es sehen haben!

Dresdner Volkshaus
Ritzenbergstr. 2. Telefon 1425. Maxstr. 13.
Sonntag den 24. Januar 1909:

Theater-Abend

Programm: **Seelenstürme**, Drama in 1 Akt von Nani. — **Dir wie mir**, Lustspiel von Randolf. — **Der Platzregen als Eheprokurator**, Lustspiel in 3 Akten von Raupach.
Einlass 5 1/4 Uhr. Eintritt mit Programm 25 Pf. Anfang 7 Uhr.

Nächste Kindervorstellung Sonntag den 31. Januar: **Strawpeter** — Am 31. Januar **Operetten-Abend: Die Verlobung bei der Laterne**, Operette von Jean Jaqu. Offenbach.

Heute alle nach dem
Jägerhof
Niederlössnitz
Bockbier-Fest.

Restaurant
Julius Wendler
Gerokstrasse 7
empf. keine fr. u. bl. Lokalitäten.
Gut., fräft. Mittagstisch.
Eigene Schlächterei.

Künstler-Kabarett
Im Winterhalbjahr jeden Sonn- und Festtag
Anfang 4 Uhr
Kaisergarten Bühnen
eraklassig!

Hollack's Säle
Königsbrücker Strasse 10.
Sonntag u. Montag **Feine Ball-Musik**
Hochachtungsvoll **F. T. Ruhland.**

Stthaus Kleines Volkshaus
Dresden-Plauen, Hofmühlenstrasse 51
Bühnenbesuch-Plauenischer Grund (Gaststube Sienen-Mühle).
Wir halten unsere Lokalitäten zur Abhaltung von **Verfammlungen**,
Kauf-Verhandlungen und **Verbind. Vergnügen** bestens
geeignet.
Hochachtungsvoll **Otto Löschke u. Frau.**

Victoriasänger!
Sonntag den 24. Januar, 4 u. 8 Uhr
Varieté Königshof.
Mittwoch den 27. Januar, 8 Uhr
Radeberg, Hotel Kaiserhof
Donnerstag den 28. Januar, 8 Uhr
Langbrück, Gasthof.

ältestes, größtes, volks-
tümliches
Restaurant.
Spieß man am besten und billigsten
Jeden Abend Biermusik
Es ladet erbeubt ein
G. Reinhardt.
Webergasse 24.

Köhlers Eisbahn
an dem Miktener Strassenbahn-Depot.
Sonntag nachmittag 2 Uhr:
Wettlaufen.
Prämie ein Schinken.
am Sonntag von 3 Uhr an Konzert.

Gasthof Leuben
Mittwoch den 27. Januar, abends 8 Uhr
Winter-Tymian.
gesamte herrliche Weihnachts-Programm!
Bislang noch unbeachtet! — Niemals erreicht!
Direktor Winter-Tymian wird persönlich mit.
Nach dem Konzert **BALL** bis 1 Uhr.
Hochachtungsvoll ein
G. Heinze und Frau.

er Dessauer, Niedergorbtz
Telephon: 10819
Sonntag den 24. Januar:
ffentliche Ballmusik.
Es ladet erbeubt ein
Reinhold Widuch u. Frau.

Silz-Sinalco
Das alkoholfreie Weltgetränk
wird von keinem ähnl. Getränk auch nur annähernd erreicht.

Linckesches Bad.
Grösstes
Konzert-, Garten- u. Ball-Etablissement
empfiehlt sich den geehrten Vereinen
zur Abhaltung von Festlichkeiten etc.
Hochachtungsvoll **W. Schröder.**

Gasthof Birkigt
5 Minuten von der neuen Eisenbahnhaltestelle Volkshaus (Birkigt).
Morgen Sonntag, den 24. Januar
Grosser Jugendball
Freitag den 5. Februar 1909: **Masken-Ball**,
der archaische der amten Umarmung.

Gasthof Stetzsch. Morgen Sonntag
Feine Ballmusik
Es ladet erbeubt ein
O. Psehdli.

Gasthof Coschütz.
Morgen Sonntag
Gr. öffentl. Ballmusik.
Hochachtungsvoll
H. Kippenhahn.

Osangs Restaur.
Vorstadt Plauen, Mienstr. 8
empfiehlt keine Lokalitäten u. Vereind-
zimmer einer geneigten Beachtung.
Fisch-Götze - Alte Elche.

Dresdner Felsenkeller-Pilsner
in Flaschen, sehr wohlachmeekend
und gut bekömmlich,
empfiehlt
Eberlbräu-Hauptdepot
Dresden, Bönischplatz II.
Fernsprecher 3257.
Verkaufsstellen in allen Straßen.

Concordia-Theater
Leipziger Strasse Nr. 63.
Zweite authentische Aufnahme.
Messina und Reggio nach der Erdbeben-
katastrophe.
Matrosen bei den Rettungsarbeiten. Ausgrabungen und
Transporte Verwundeter und Toter. Die Barackenlager.
Die Wahrheit und Wirklichkeit des furchtbaren Ereignisses in diesen
Bildern ist eine ganz eminente, das Gland in u. dem Zuschauer zu erleben.
Außerdem das übrige brillante Programm dieser Woche.
Bäckerei O. Kirchnhoff
Helgolandstrasse 12.
Gewährte bei
Barzahlung **8 Prozent Rabatt** auf alle
Waren.

Wo kaufen Sie Ihre
Möbel?
Wir geben nur zu
Möbel-Hesse
Rosenthaler 45, pl. I., II., III. Et.
Sehr, sehr billige Regenschirme
für Hausfrauen.
Preise billigst.

Zum deutschen Schild
Pfortenhauerstr. 45.
Empfehle der geehrten Arbeiter-
schaft meine Lokalitäten. **H. Witten**

Rest. „Sportecke“
Jeden Sonntag:
Grosses Konzert.
Paul Fabig.

Rest. zur Schmiedeherbe
Kühnengasse, Ecke Röhrlhofgasse.
ff. Speisen u. Getränke.
Betten zu 30 und 50 Pf.
Es ladet ein **Franz Müllers u. Frau.**

Seine freundlichen Lokalitäten
empfiehlt
Restaurant
Hechtstrasse 21
Herrn Moritz Lange.
Beste Speisen u. Getränke.
Bereitszimmer nach einiger Lage frei.
Adolf Miebais und Frau.

Restaurant Kielmannsegg
Herrn: **Eduard Günzel**
Löbtau, Tharandter Strasse 84
empfiehlt keine Lokalitäten u. Vereind-
zimmer. einer geneigt. Berücksichtigung.

Rest. Proberhaus
Herrn: **Georg Fördorfer**
Kühnengasse 12, Ecke Röhrlhofgasse.
empfiehlt sich den werten Partein-
besuchern zur geneigt. Beachtung.
Bereitszimmer nach einiger Lage frei.
Georg Fördorfer und Frau.

Achtung! Bischofsweg 84
Grüne Laterne
Restaurant
Rich. Gessner
gen. Kohl'nstob
Beste Speisen- u. Getränke
Achtung! Bischofsweg 84.
Heute: **Schlachtfest**
Radeberg.

Rino-Vietrol-Theater, Oberstr. 10
Jede Woche neues Kostüm-Programm.
Hochachtungsvoll
Eugen Borkert

Münchener Eberl-Bräu
Halbliter
10 Flaschen
Prämien
Bons
unser allerschönstes

Herrn-Wäsche
Krawatten, blaue Auszüge
kann man am billigsten bei
E. Köhler, am Str. 13.

